

vom Ratsbüro genehmigt  
am: 12. Juni 2001

## **PROTOKOLL**

-----  
der **8.** Sitzung  
vom Dienstag, 5. Juni 2001  
17.00 - 20.00 Uhr  
Grossratssaal der Rathauslaube

-----  
Vorsitz: Peter Neukomm (SP) Präsident 2001

Protokoll: René Gisler (Nichtmitglied)

Stimmzähler: Herbert Distel (CVP) und Wilhelm Hefti (SP)

Anwesend: von total 49 Mitgliedern:  
Ratspräsident und 45 Mitglieder  
5 Stadträte

Entschuldigt für die ganze Sitzung: Meister Christian (SVP)  
Rohner Raphaël (FDP)  
Schmidig Rainer (EVP)

für den Anfang der Sitzung: Käppler Peter (SP)  
Zubler Kurt (SP)  
SR Heller Veronika

für den Schluss der Sitzung : Gründler Ernst (FDP)  
Huber Hanspeter (SVP)  
Ith Hans (SVP)

**Traktanden:**

<b>1. VdSR - Landhaus/Bushof, Projektierungskredit</b>	<b>Seite 221</b>
<b>2. VdSR - Entwicklung der Koordinationsstelle für familienergänzende Kinderbetreuung: Neueinstufung u. Stellenplananpassung</b>	<b>Seite 236</b>
<b>3. MOTION von Thomas Neukomm (SP) Sanierung städtischer Kindergärten</b>	<b>Seite 246</b>

**PENDENTE GESCHÄFTE****EINGANG TITEL DES GESCHÄFTES**

8.11.00	VdSR - Verselbständigung der Städt. Werke SH u. Neuhausen	SPK
14.11.00	VdSR - Reorganisation des Museums zu Allerheiligen und Integration des Kulturdienstes	SPK
12.03.01	INTERPELLATION von Christian Hablützel (SP) Bevölkerungsrückgang in der Stadt Schaffhausen	
27.03.01	INTERPELLATION von Thomas Hauser (FDP) Ausgaben bei der Sozialhilfe	
3.04.01	INTERPELLATION von Bea Hauser (SP) Gefährdete Poststellen in Schaffhausen?	
9.04.01	INTERPELLATION Christian Meister (SVP) "Wohnortsmarketing Stadt Schaffhausen"	
10.04.01	Jahresrechnung 2000 der Einwohnergemeinde Schaffhausen einschl. Jahresberichte 2000 der Pilotabteilungen WOV/ Jahresbericht des SR z.K.	GPK
2.05.01	VdSR - Kooperationsprojekt Forsthaus 2000: Definitive Weiterführung als zweite Gruppe in der städt. Kinderkrippe Forsthaus ab Januar 2002	SPK
8.05.01	INTERPELLATION Andres Bächtold (SP) "Verlotterte Gebäude sind auch Schulden"	
8.05.01	Vergabe der Liegenschaft "Kornhaus", GB Nr. 569, im Baurecht an die "Schaffhauser Wirtschaftsgruppe pro Kornhaus"	GPK
8.05.01	Vorlage des SR Richtplan Parkierung	SPK
15.05.01	Vorlage des SR Vereinbarung mit dem Kanton Schaffhausen über die Schaffung gemeinsamer Informatik-Strategieorgane	GPK
15.05.01	MOTION Urs Tanner (SP) Finanzielle Anreize für mehr Krippen- und Hortplätze	
15.05.01	INTERPELLATION Iren Eichenberger (OeBS) "Jugendleitbild/Leistungsauftrag VSFZ"	
15.05.01	VdSR Neuauflage des Stellenplans per 1. Jan. 2001	

**Kleine Anfragen von**

Raphaël Rohner (FDP)	Heizzeiten in den städtischen Schulhäusern	26.03.01	4/2001
Urs Tanner (SP)	Midnight Basketball	29.03.01	5/2001
Peter Wullschleger (CVP)	Bisherige Planungsprojekte rund um den Bahnhof	06.04.01	6/2001
Verena Stutz (SP)	Schulwegsicherung Kindergarten	03.05.01	7/2001
Susanne Günter (FDP)	Gestaltung der Oberfläche des Herrenackers	05.06.01	8/2001

**BESCHLÜSSE UND ERLEDIGTE GESCHÄFTE****Traktandum 1 VdSR - Landhaus/Bushof, Projektierungskredit**

Der Grosse Stadtrat stimmt der Vorlage des SR mit **45 : 0 Stimmen** zu und heisst die Anträge der SPK wie folgt gut:

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht und Antrag des Stadtrates vom 13. März 2001 und bewilligt einen Projektierungskredit von Fr. 475'000.-- für die Weiterentwicklung Landhaus/Bushof, umfassend:



"Der Stadtrat hat dem Grossen Stadtrat Bericht und Antrag über eine umfassende Sanierung der städtischen Kindergärten zu erstatten, in welchem konkrete Aussagen zum Investitionsbedarf und Terminplan gemacht werden."

Das Geschäft ist erledigt.

## **BEGRÜSSUNG**

**Ratspräsident Peter Neukomm (SP)** eröffnet die Ratssitzung mit der Begrüssung der Ratskolleginnen und Ratskollegen, der Herren Stadträte, der VertreterInnen der Medien sowie der BesucherInnen auf der Tribüne.

Einen speziellen Willkommensgruss entbietet er den beiden "Rückkehrern" Hans Ith (SVP) und Peter Wullschleger (CVP), welche aus gesundheitlichen Gründen einigen Sitzungen fernbleiben mussten.

## **MITTEILUNGEN**

### ***Personelles:***

### ***Rücktritt aus dem Rat:***

Der Ratspräsident verliest das Rücktrittsschreiben von Andi Tenger (FDP) vom 31.5.:

**"Sofortiger Rücktritt aus dem Grossen Stadtrat**

Sehr geehrter Herr Präsident

Meine berufliche Belastung in den vergangenen Wochen und Monate nahm, bedingt durch den Austritt meiner Eltern aus unserem Familienbetrieb, massiv zu. Im Wahlherbst 2000 war für mich diese plötzliche betriebliche Veränderung noch nicht absehbar.

Aufgrund dessen sehe ich mich leider gezwungen, die überaus intensive und anspruchsvolle Tätigkeit im Grossen Stadtrat per sofort nieder zu legen.

Nebst den vielen guten Diskussionen und persönlichen Begegnungen, empfand ich in den vergangenen Monaten die zunehmend fehlende interdisziplinäre Zusammenarbeit in unserer Lokalpolitik als überaus schwierig. Ich vermisse den öfteren den ganzheitlichen Denkansatz, welcher nicht vor der eigene Parteitüre Halt machen sollte und so eine umfassende Lösungsweise und das Finden echter und guter Alternativen oft verunmöglicht.

Ihnen als Präsident des Grossen Stadtrates danke ich für die kompetente Sitzungsleitung und wünsche Ihnen allen weiterhin befruchtende Diskussionen und alles Gute.

Mit freundlichen Grüssen  
gezeichnet Andi Tenger"

Der Ratspräsident wird die Arbeit von Andi Tenger zusammen mit jener von Peter Happle an der letzten Ratssitzung vor den Sommerferien würdigen.

### ***Wechsel in der SPK Richtplan Parkierung:***

Anstelle von Dieter Amsler (FDP) wird Susanne Günter (FDP) in dieser Kommission Einsitz nehmen.

Peter Neukomm, Ratspräs. erinnert nochmals an das **Plausch-Fussball-Turnier im Rahmen des Flüchtlings-Sonntages 17. Juni 2001 auf dem Fussballplatz der Spielvi.**

Er ermuntert die Ratsmitglieder, mitzumachen und sich unbedingt heute Abend noch zu melden. Bis dato sind die Anmeldungen nur sehr spärlich eingetroffen.

**Neu eingegangene Geschäfte:**

- **15. Mai 2001 - VdSR Neuauflage des Stellenplans per 1. Jan. 2001**

Die Zuweisung des Geschäftes in die GPK oder eine SPK erfolgt am 19. Juni.

**Kleine Anfrage von**

**Susanne Günter (FDP) Gestaltung der Oberfläche des Herrenackers 05.06.01 Lauf-Nr. 8/2001**

**Von der GPK wurden die folgenden zwei Geschäfte verhandlungsbereit gemeldet:**

VdSR - Vergabe der Liegenschaft "Kornhaus", GB Nr. 569, im Baurecht an die "Schaffhauser Wirtschaftsgruppe pro Kornhaus"

VdSR - Vereinbarung mit dem Kanton Schaffhausen über die Schaffung gemeinsamer Informatik-Strategieorgane

Wegen der Dringlichkeit dieser beiden Geschäfte werden diese als Geschäfte Nr. 1 und 2 auf die Traktandenliste der Sitzung vom 19. Juni 2001 gesetzt. Als 3. Geschäft wird dann die Rechnung 2000 der Einwohnergemeinde Schaffhausen behandelt.

An Informationen liegen heute im Ratssaal auf:

- Newsletter der Wifö des Kt. Schaffhausen, Ausgabe 2 vom Juni 2001
- Jahresbericht 2000 VSFZ
- Festführer SH Kantonalturfest vom 16./17. bzw. 23./24. Juni in Herblingen.

**PROTOKOLL**

Das Ratsprotokoll Nr. 7 vom 22. Mai 2001 wurde vom Ratsbüro geprüft und genehmigt. Es liegt beim Ratssekretär auf und kann dort heute eingesehen werden.

Anmerkungen hierzu werden keine angebracht.

Anmerkung des Ratspräsidenten:

Die Volltext-Protokolle Nr. 6 vom 8. Mai und Nr. 7 vom 22. Mai, welche durch den Ratssekretär am 15. Mai bzw. am 29. Mai an den Webmaster der Stadt "gemailt" wurden, sind Stand heute immer noch nicht aufgeschaltet. Dieser Service vermag nicht zu befriedigen.

**TAGESORDNUNG**

Die Traktandenliste zur heutigen Sitzung wurde rechtzeitig zugestellt.

Die Tagesordnung wird im übrigen gutgeheissen.

**Traktandum 1 VdSR - Landhaus/Bushof, Projektierungskredit**

---

**EINTRETENSDEBATTE**

Dieses Geschäft wurde in einer 13er-SPK vorberaten.

**Roland Schöttle (FDP)**                      Präsident der SPK \*

"Unsere 13er-Kommission hat die Vorlage des Stadtrates vom 13. März 2001 in 2 Sitzungen intensiv bearbeitet. Der Beizug der externen Fachleute

- Thomas Holenstein              Wirtschaftsförderer/Projektleiter
- Silver Hesse                      Stadtplaner (Hesse + Partner) und
- Hermann Alb                      Verkehrsingenieur (Basler + Hofmann AG)

war dabei sehr nützlich und trug zu einer effizienten und sachlichen Bearbeitung der Vorlage bei.

Die Kommission hatte eine stadträtliche Vorlage zu beraten, die als Produkt aus der Arbeit des vom Stadtrat am 6. Juni 2000 eingesetzten Steuerungsausschusses sowie einer Expertengruppe als Projektteam, eine Lösung zur Entwicklung des grossen Perimeter-Gebietes hinter dem Bahnhof im Bereich Landhuus/Kieferareal, 'Bleichi', sowie die Lösung für einen neuen Bushof in Vorschlag gebracht hatte.

Die Kommission konnte sich davon überzeugen, dass im Vorfeld der Vorlage sämtliche denkbaren Varianten einer möglichen Nutzung des Gebietes evaluiert worden sind, und dass das der Vorlage zugrunde liegende neue Konzept der künftigen Verkehrsabwicklung der Überlandbusse, offensichtlich ein optimales ist.

Die geplante Verlegung des Bushofes auf eine heute zur Disposition stehende Landparzelle an der nördlichen Seite der Bahnhofstrasse, zwischen dem Strassenprofil einerseits und dem Bahnkörper andererseits, in der heutigen Böschung und auf weiteren Landflächen der SBB, bringt grosse Vorteile mit sich. Zudem ist der Bau einer kombinierten Velostation mit notwendigen Infrastrukturbauten der SBB als gute und allseits nützliche Lösung im Zusammenhang mit der Verlegung des Bushofes möglich und sehr dienlich. Die mit dieser Verlegung des Busverkehrs verbundenen Verbesserungen der Verkehrsabläufe zu Gunsten der Buspassagiere und des Strassenverkehrs, sowie die zur Neudisposition frei werdenden Flächen auf dem Gebiet des heutigen Bushofes auf dem Areal 'Bleichi' waren für die Kommission überzeugend.

Die Kommission liess sich von Walter Herrmann, Direktor VBSH über die besseren Verkehrsabläufe für die Busse informieren, welche die Verlegung an die Bahnhofstrasse mit sich bringen. Ein wesentlicher Vorteil des neuen Standortes liegt darin, dass 'Durchmesserlinien' hier besser möglich sind. D.h. die in gleicher Richtung angeordneten Zu- und Wegfahrten verbessern den Verkehrsablauf. Dies wird sich im Bereich Adlerunterführung und im Kreisverkehr um das Brühlmann-Areal positiv auswirken. Es konnte auch zur Kenntnis genommen werden, dass die Polizei in einer Verlegung an die Bahnhofstrasse Vorteile sieht.

Innerhalb der Kommission wurden auch konzeptionelle Überlegungen über die mögliche Änderung von bisherigen oder neu geplanten Verkehrsabläufen eingebracht, sowie die Beziehung FussgängerInnen und Verkehr an der

Bahnhofstrasse diskutiert. Ebenso gab der Anschluss der Löwengässchen-Unterführung an den Bushof, sowie ein Ausbau derselben mit einer Ladenpassage zur Diskussion Anlass. Auch die Gestaltung der Warteräume für die Buspassagiere wurde diskutiert.

Die Kommission nahm zur Kenntnis, dass mit der Verlegung des Bushofs an die Bahnhofstrasse eine Veränderung der Nutzungsstruktur einhergehen wird. So wird z.B. der grossmehrheitliche Ausstiegspunkt für die Überlandbusse an der südl. Bahnhofstrasse, d.h. oberhalb der Schwertstrasse, eine markante Verbesserung des Angebotes Bus sein, und für den Passagier erkennbare Vorteile bringen.

Bautechnisch begründete Mehrkosten für die Neugestaltung des Bushofes an der Bahnhofstrasse, im Vergleich mit einem Neubau auf einer ebenen Fläche hinter dem Bahnkörper, werden kompensiert, wenn das heutige Bushofareal in Zukunft anstatt mit Bussen verstellt, im Rahmen einer städtebaulich gesamtheitlichen Planung durch dringend notwendige Bauten im Wohn- und Dienstleistungsbereich besser und werthöher genutzt werden kann, d.h. die geplante Verlegung des Bushofes ist eine Investition, deren Ertragsrückfluss in finanzieller Art, sich aus der beabsichtigten verbesserten Nutzung des jetzigen Bushofes ergeben wird.

Grundsätzlich sind Bushaltstellen in den Gemeinden durch diese zu finanzieren. Aufgrund der Bedeutung des regionalen Bushofes bezahlt bereits heute jedoch der Kanton jährlich Fr. 50'000.-- als Beitrag an diesen Betrieb. Neu soll an dessen Stelle dem Kanton eine Beteiligung von 50 % an den eigentlichen Neubaukosten für den Bushof beantragt werden. Mit dem Kanton sind darüber bereits entsprechende positive Gespräche geführt worden. Es sind zudem Abklärungen im Gang, ob zusätzlich noch Subventionen des Bundes ebenfalls erwartet werden können.

Die Kommission hat davon Kenntnis genommen, dass das Land der Familie Kiefer z.Zt. von der Stadt nicht erworben werden kann, weil die Preisvorstellungen zwischen Verkäufer und Käufer zu weit auseinander liegen. Es ist aber mit der Fam. Kiefer vereinbart worden, dass ihr Grundstück trotzdem in den Planungssperimeter einbezogen werden kann, was eine städtebaulich gesamtheitliche spätere Nutzung (für welchen Besitzer auch immer) möglich macht.

Das Land des Bahnhofs Schaffhausen steht im Mitbesitz von zwei Drittel SBB und ein Drittel DB. In der Folge hat die DB ein Mitspracherecht dazu, ob die für den Neubau des Bushofes benötigten Landstücke an die Stadt Schaffhausen, wie vorgesehen im Baurecht, abgegeben werden sollen. Darüber lag zur Zeit der Kommissionsarbeit noch keine schriftliche Zusage seitens der DB vor. Die Kommission hat erwogen, der heutigen Vorlage den Zusatz beizufügen: '*vorbehältlich der Zustimmung der DB*'. Nach gewalteter Diskussion, und abgestützt auf Erfahrungen in vielen Fällen und durch unterschiedliche Beteiligte, wurde darauf verzichtet, weil diese formelle Zustimmung der DB ohne Probleme zu erwarten ist. Es wäre dem Sinn der zügigen Bearbeitung des gesamten Entwicklungsprojektes entgegen gesetzt, wenn die Projektierungsarbeiten für die Bushofverlegung verzögert würden, bis dieser formelle Beschluss vorliegen würde, der sicher zu erwarten ist.

Auf die Vorlage wurde seitens der Kommission mit 11:0 Stimmen eingetreten, bei 2 Abwesenheiten.

In der Detaildiskussion wurden seitens der SVP-Vertreter Bedenken angemeldet, wonach die Gewaltentrennung verletzt werde, wenn Mitglieder des Grossen Stadtrates, die später in der Beratung über eine Vorlage sitzen, bereits in einem Steuerungsausschuss zur Erarbeitung eines Projektes beteiligt seien. Dies führe gewissermassen zu einer Befangenheit.

Dieser These gegenüber stand allerdings die übrige Gesamtheit der Kommission, die Vorteile darin sieht, wenn bereits in der Projektentwicklung die politischen Meinungen von allen Seiten auch einfließen. Es ist ein wesentlicher Teil des Gesamterfolgs zu einem Projekt, wenn bereits in dessen Entstehung die Anliegen möglichst aller Interessenrichtungen vorliegen und aufgenommen werden können. Es käme auch einer Mitspracheverweigerung gleich, wenn Grossstadtrats-Mitglieder von solcher Mitarbeit ausgeschlossen wären, was schlussendlich sicher entwicklungshemmend wäre. Die Weiterführung des mit sehr positiven Erfahrungen behafteten Steuerungsausschusses auch für die weitere Projektabwicklung, führt zu einer Ebnung des Feldes und damit zu einer besseren Zielerreichung, weil nachträgliche, blockierende, politische Kämpfe in einer Sache eben nicht mehr auftreten.

Es wurde zudem darauf hingewiesen, dass der Steuerungsausschuss in der Fortsetzung des Projektes nicht mehr wie bisher eine aktive Rolle bei der Evaluation der Projektrichtung haben soll, sondern in einer Begleitfunktion zum Projekt stehen wird. Dies wird auch in der Kadenz der Sitzungen zum Ausdruck kommen, die auf ca. zwei pro Jahr vorgesehen ist.

Die Kommission war sich allerdings darüber einig, dass den Fraktionen bei der Besetzung von vorberatenden Spezialkommissionen Feingefühl angemahnt werden und auf die Entsendung von Fraktionsmitgliedern in solche SPK verzichtet werden soll, die bereits vorberatend oder begleitend in Arbeiten zu Vorlagen involviert waren.

Erlauben Sie mir hier eine persönliche Klammerbemerkung: Als ehemaliger Fraktionspräsident weiss ich, dass es aus anzahlmässigen oder fachtechnischen Gründen nicht immer einfach ist, Vertreter in die Spezialkommissionen zu finden. Dieses Problem wird sich mit der vorliegenden Kommissionsmahnung wohl eher verstärken. Schlussendlich muss der Entscheid für SPK-Delegationen für jede Fraktion abschliessend immer bei ihr bleiben, damit sie ihren Auftrag wahrnehmen kann. Insofern wird diese Mahnung sicher in einzelnen Fällen immer zu relativieren sein. Ich vertrete aber persönlich ebenfalls die Meinung der Kommission, wonach die SPK-Delegationen bezgl. Befangenheit aus vorbereitenden Arbeiten subtil vorgenommen werden müssen und unterstütze diesen Hinweis. Ende meiner persönlichen Klammerbemerkung.

Die Entwicklung des ganzen Gebietes hinter dem Bahnhof im Sinne der Vorlage verlangt als Voraussetzung eine Änderung des Zonenplans, bzw. die Neuschaffung der Ergänzungszone. Dies ist im Zusammenhang mit der Gesamtrevision von Zonenplan und Bauordnung vorgesehen, die zur Zeit in der Vorbereitung sind.

Unsere Kommission hat erwogen, diese notwendige Schaffung der Ergänzungszone in einer separaten Teilrevision des Zonenplans vorzunehmen für den Fall, dass sich die Gesamtrevision aus unterschiedlichen Gründen verzögern könnte und sich damit in der Umsetzung der möglichen Überbauungen Landhaus und Bleichi unerwünschte Schwierigkeiten ergeben könnten.

Wenn die Gesamtrevision des Zonenplans und der Bauordnung wie vom Stadtrat vorgesehen abläuft, wird sich die Schaffung dieser Ergänzungszone für das Gebiet hinter dem Bahnhof innert nützlicher Frist ergeben.

Wenn sich in dieser Gesamtrevision allerdings Schwierigkeiten abzeichnen würden, die negative Einfluss auf die weitere Entwicklungen der Gebiete Landhaus und Bleichi haben könnte, müsste allenfalls tatsächlich eine separate Teilrevision des Zonenplans ins Auge gefasst werden.

Die Kommission kam zum Schluss, dass es die jetzt bekannten Zeitpläne für diese Projekte zulassen, einen solchen Entscheid erst zu einem späteren Zeitpunkt zu fällen und heute auf die Umsetzung der Gesamtrevison zu setzen.

So oder so; auf die heute zur Bearbeitung anstehende Vorlage, speziell den für die Projektierung des neuen Bushofs betreffenden Teil, hat diese offene Zonenplanrevision keinen unmittelbaren Einfluss.

Der Gesamt-Projektierungskredit von Fr. 475'000.- setzt sich aus Teilbeträgen zusammen, wie sie in der Vorlage auf Seite 5 ersichtlich sind:

Fr. 100'000.-- sollen für die Ausarbeitung eines Vorlageprojektes, bestehend aus Teilbereichen wie verkehrstechnische Anlagen, statische Ingenieurarbeiten, architektonische Gestaltungen, Planung Velostation und Koordinationsaufwand verwendet werden. Das Produkt soll ein Vorlageprojekt Bushof sein, das schlussendlich in einer Volksabstimmung seine Absegnung finden muss.

Fr. 105'000.-- sollen für die Durchführung einer Projektstudie im Gebiet Kieferareal / Landhausareal / Hintersteig verwendet werden. Produkt sollen Aussagen sein über mögliche städtebauliche Volumen, die Ermittlung des Nutzungspotentials in diesem Gebiet und Aussagen über die Aussenraumgestaltung, insbesondere was die freien Flächen auf dem Landhausareal, samt den Nebeneinrichtungen (Kiss and ride, Privatbus-Umschlag etc.) betreffen. Diese Parameter bilden die Basis für den Rahmenplan, der anschliessend zwischen den Grundeigentümern zur Festlegung von Baulinien, Bauvolumen, Nutzungsvorgaben und die Sicherstellung von Fussgängerwegen usw. dient. Sie sind schlussendlich auch Basis für die Investorensuche zur Umsetzung von Bauvorhaben.

Fr.115'000.-- für das Gebiet 'Bleichi' sollen den Vorbereitungsarbeiten für einen Investorenwettbewerb dienen. Dies beinhaltet die Erarbeitung der Ausschreibungsunterlagen im weitesten Sinn, die Festlegung der Vergabegrundsätze und der Zuschlagskriterien und die diesbezügliche Zusammenarbeit mit dem Begleitausschuss. Dabei ist vorgesehen, diese Vergabegrundsätze und Zuschlagskriterien, d.h. die eigentlichen Submissionsbedingungen für den Investoren-Wettbewerb, durch eine Vorlage des Stadtrates an den Grossen Stadtrat, von diesem in Kraft setzen zu lassen. Dieses Begehren hat übrigens der bisherige Steuerungsausschuss so formuliert, weil dies als politisch korrekter Weg eingeschätzt wird. Dabei ist z.B. die Frage nach der Abgabe der Grundstücke im Baurecht oder durch Verkauf, oder allenfalls in optionaler Form ein sehr wichtiger politischer Vorentscheid, der in die Submissionsbedingungen einfließen muss und deshalb vom GrSR richtigerweise vor der Durchführung des Wettbewerbs verbindlich diskutiert und beschlossen wird.

Fr. 55'000.-- sollen gesprochen werden als Mittel für die begleitenden Aufwendungen der Projekte im Bereich notwendiger Öffentlichkeitsarbeit, Verhandlungen mit vielen Beteiligten, Informationsaufbereitungen für den Begleitausschuss, usw. Dies für die Dauer von ca. 2 Jahren.

Fr. 105'000.-- sind vorgesehen für die Promotion und Marketingaufwendungen, um die für Schaffhausen bedeutenden Projekte auf breiter Basis und wiederholend anzupreisen und damit ein Optimum an potentiellen Investoren zu aktivieren. So ist z.B. die EXPO-REAL als führende Immobilien-Messe in Europa als Präsentationsort des Investitionsgebietes Stadt Schaffhausen vorgesehen. Dieser Besuch soll koordiniert werden mit übrigen Anbietern aus Schaffhausen, die an einem gemeinsamen Auftritt interessiert sind. Schaffhausen kann sich dabei an einem Schweizer Gemeinschaftsstand beteiligen. Daraus würde sich z.B. eine Detailposition von ca. Fr. 25'000.-- zu Lasten dieses Kreditpostens ergeben. Weitere im Detail konkrete Verwendungen sind im Moment nicht geplant. Dieser Rest-Kreditteil soll aber im Lauf der Projektentwicklung die Möglichkeit geben, Aufwendungen im Interesse der Findung eines optimalen Nutzens für dieses wichtige Entwicklungsgebiet im öffentlichen Interesse tätigen zu können. Die Aufsicht über die Verwendung liegt beim Stadtrat, wobei die Antragsstellung sich sicher vornehmlich über die Projektleitung bei der Wirtschaftsförderung ergeben wird.

Sie haben auf dem Tisch noch eine weitere verfeinerte Erklärung, welche seitens der Kommission für heute Abend gewünscht worden ist.

Die Kommission hat in einer Schlussabstimmung den Anträgen 1. und 2. des Stadtrates mit 11:0 Stimmen, wieder mit 2 Abwesenheiten zugestimmt, wobei zu Antrag 1 gleichzeitig die Präzisierung im Sinne meiner eben gemachten Darstellungen und wie Ihnen auf dem Tisch aufliegend, eine Formulierung zu 'Begleitaufwand, Projektleitung und Aufwand Promotion und Investorenmarketing' ergänzend beigefügt sein sollen. Das ist auf Seite 2 zur Verdeutlichung angeführt, wobei zu erwähnen ist, dass die Ergänzung "*(inkl. **Begleitaufwand Projektleitung und Aufwand Promotionen und Investorenmarketing**)*" nicht nur für das Teilgebiet A gilt, sondern für alle 3 Teilgebiete.

Ich möchte es nicht unterlassen, den Mitgliedern der Spezialkommission und den beteiligten Vertretern der städtischen Verwaltung, sowie den Fachleuten, für die unterstützende und zielorientierte Zusammenarbeit in der Kommission zu danken."

**Roland Schöttle (FDP)**                      Fraktionserklärung FDP \*

"Im Namen der FDP-Fraktion darf ich Ihnen mitteilen, dass wir einstimmig hinter der Vorlage stehen und den Anträgen zustimmen werden."

**Hans Peter Huber (SVP)**                      Fraktionserklärung SVP/EDU\*

"Die Vorlage des Stadtrates wurde vom Präsidenten der Spezialkommission ausführlich vorgestellt. Dies und für die Führung der Spezialkommission möchte ich ihm bestens danken.

Dieses Projekt, für das nun ein Projektierungskredit gesprochen werden soll, findet in der SVP/EDU-Fraktion breite Zustimmung. Es gibt zwei Dinge, die uns wichtig scheinen, im Zusammenhang mit diesem Geschäft erwähnt zu werden.

1. Die sogenannte Spangenzuglösung der alten Vorlage, der die SVP/EDU-Fraktion nicht hätte zustimmen können, und auf die in der damaligen Spezialkommission bereits eingetreten wurde, wäre die schlechtere Lösung gewesen, als das was uns heute vorliegt. Nur wurde der damaligen Spezialkommission von verschiedener Seite mitgeteilt, dass eine Verlegung des Bushofes an die Bahnhofstrasse aus verschiedenen technischen und finanziellen Gründen nicht möglich sei. Um so mehr hat es uns gefreut, dass nun der Weg von den Überlandbussen zu den städtischen Bussen massiv verkürzt wird und auch keine in der Nacht sehr unbeliebte Unterführung benutzt werden muss. Auch die geplante Velostation, östlich des Bushofes, scheint uns dort ideal. Die Parkplätze auf der nördlichen Seite des Bahnhofes werden wegfallen. Diejenigen auf der südlichen Seite müssen aber bestehen bleiben. Diese Parkplätze benötigen die ansässigen Geschäfte für Umschlag, z.B. die Post, der Telekom-Laden, das Hotel Bahnhof. An der Verkehrsführung auf der Adlerkreuzung und Adlerunterführung muss parallel zum Projekt Landhaus / Bushof gearbeitet werden, so dass bei der Verlegung des Bushofes ein Konzept über die Anschlüsse und Gestaltung vorliegt, damit nichts verbaut wird.

Der Stadtrat hat mit diesem ehrgeizigen Projekt auf dem heutigen Landhaus- / Bushofareal eine grosse Fläche für Dienstleistungen und Gewerbe in Aussicht gestellt, was der Stadt Schaffhausen sehr gut tun würde. Das Risiko dieses grossen Geschäftes dürfte nach den heutigen Erkenntnissen kalkulierbar sein. Wenn auch im schlechtesten Fall kein Baurechtsnehmer oder Käufer gefunden würde, so sollte dies für die Stadt Schaffhausen keine neuen Belastungen bringen.

2. Zur Projektorganisation:

Der Stadtrat tritt für die Beibehaltung des 15-köpfigen politisch breit abgestützten Steuerungsausschusses ein. Diesem Steuerungsausschuss gehören 6 Mitglieder des grossen Stadtrates aus allen Fraktionen an. Ein Teil der SVP/EDU-Fraktion ist klar der Meinung, dass im Sinne einer sauberen Ämtertrennung nicht die gleichen Grossstadträte in einem Steuerungsausschuss und in der Spezialkommission Einsitz nehmen sollten. Wir sind uns bewusst, dass damit ein grosser Wissensvorsprung der Spezialkommission verloren geht, aber nicht voreingenommene Mitglieder des Grossen Stadtrates können ein Projekt aus einer anderen Sicht beurteilen. Sind im Steuerungsausschuss und in der Spezialkommission die gleichen Grossstadträte vertreten, so ist die Meinung eines grossen Teils der Spezialkommission bereits im Vorfeld gemacht.

Die SVP/EDU Fraktion wird auf die Vorlage eintreten und ihr zustimmen."

**Andres Bächtold (SP)**

Fraktionserklärung \*

"Endlich ist es soweit! Nach erfolgreich absolvierter «Ehrenrunde» können wir nun mit einem Verzug von einem guten Jahr die neue Vorlage zum Projektierungskredit für die Urbanisierung der mehr oder weniger brach liegenden Liegenschaften vor und hinter dem Bahnhof beraten. Die Vorgeschichte kennen Sie.

In der Hauptrunde, d.h. als wir die Vorlage vom 21. September 1999 zu würdigen hatten, gelang es leider nicht, sich auf das Wesentliche, nämlich die optimale Nutzung des Potentials der raren Zentrumsflächen für die Schaffung von Arbeitsplätzen und Wohnungen zu konzentrieren. Die Kommissionsberatung und parallel dazu auch die öffentliche Debatte fokussierte sich auf die notwendigen Nebeneinrichtungen wie Lage und Form des Bushofs, Standort und Menge von Parkplätzen. Um ein Fiasko zu verhindern, sah sich deshalb die damalige Kommission gezwungen, das bereits traktandierte Geschäft am 22. Februar letzten Jahres unüblicherweise zurückzunehmen und weiter zu beraten. Durch den Einbezug der Wirtschaftsförderung ist es dann dem Stadtrat tatsächlich gelungen, die Prioritäten wieder richtig zu setzen. Die Bereitschaft, unter Inkaufnahme eines gewissen Zeitverlustes die Planungsvorgaben nochmals grundsätzlich in Frage zu stellen, weichte die Fronten soweit auf, dass mit der Kommissionsvorlage vom 8. Mai 2000 dieser Rat am 23. Mai 2000 den Startschuss zur «Ehrenrunde» geben konnte; dies mit dem Ziel, durch Einbezug breiter Bevölkerungskreise einen tragfähigen Konsens zu erzielen. Dass das innert nützlicher Frist gelungen ist, hat im Wesentlichen folgende Gründe:

- Das Projektteam unter Leitung der Wirtschaftsförderung hat hervorragende Arbeit geleistet. Die involvierten verwaltungsinternen und externen Fachleute haben jeweils schnell und kompetent die durch den Steuerungsausschuss erteilten Aufträge erledigt und damit sehr vertrauensbildend agiert.
- Die beteiligten Landeigentümer, insbesondere der Vertreter der SBB, waren sehr kooperativ. Die plötzliche Verfügbarkeit des Areals Bahnhof Nord und damit die Möglichkeit, den Bushof vor den Bahnhof zu dislozieren, hat wesentlich zur Entkrampfung der Diskussion beigetragen und den Weg für die weiteren Planungsschritte geebnet.
- Die parallele Arbeit des Umsetzungsstabes Parkraumplanung hat es ermöglicht, die Parkplatzdiskussion, soweit es um Mengen, Verkehrsbelastungen usw. ging, auszuklammern. Zwischenergebnisse jener Arbeit wurden jeweils kommuniziert und konnten in die Überlegungen betreffend Planung Landhaus integriert werden.
- Aufgrund dieser Prämissen wurde im Steuerungsausschuss, dessen Zusammensetzung Ihnen bekannt ist, ein Klima geschaffen, welches durch Offenheit und eine positive Gesprächskultur geprägt war. Das war letztendlich die Grundlage der Kompromissbereitschaft aller in den Steuerungsausschuss delegierten Interessenvertreter, und ermöglichte den angestrebten breit abgestützten Konsens, welcher nun im Sinne der Vorlage weiterentwickelt werden soll und kann.

Die «Ehrenrunde» hat sich also gelohnt. Sofern es gelingt, den Schwung in die künftigen Planungsschritte mitzunehmen, ist auch die zusätzlich investierte Zeit nicht verloren, vielleicht im Gegenteil.

Die SP-Fraktion wird also selbstverständlich auf die Vorlage eintreten und verbindet damit die Hoffnung, dass so der Grundstein für eine positive Entwicklung der Stadt gelegt werden kann. Das wird allerdings nur gelingen, wenn weiterhin alle involvierten Kräfte am gleichen Strick in die gleiche Richtung ziehen und nicht wieder kleinkrämerisches Kleinstadtgehebe Oberhand gewinnt. Wir sind überzeugt, dass sich das Projektteam weiterhin für eine ausgewogene Berücksichtigung der zum Teil divergierenden Interessen der verschiedenen Nutzer engagieren wird. Das wird auch weiterhin nicht ohne Kompromisse abgehen, da den vielleicht berechtigten Wünschen verschiedener Verkehrskategorien, welche sich um den Bahnhof natürlich

konzentrieren, der Hauptzweck entgegensteht, nämlich die Verfügbarkeit möglichst grosser Flächen für Arbeitsplätze und Wohnraum an bester Lage.

In diesem Sinne begrüßen wir die Absicht, den ehemaligen Steuerungsausschuss als Begleitorgan des Projektteams weiterhin bestehen zu lassen und periodisch in die Entscheidungsfindungen einzubeziehen und einzubinden. Dass darin weiterhin auch Mitglieder dieses Rates vertreten sein werden, erachten wir als notwendig, stehen doch in dieser Sache noch einige politische Entscheide bevor. Dass die durch diesen Rat delegierten Mitglieder, welche sich selbstverständlich vertieft und kontinuierlich mit der Materie befassen werden, von künftigen Kommissionsberatungen fernhalten sollen, wie das bürgerliche Mitglieder der SPK verlangt haben, halten wir für absurd bzw. für eine grundlose Verschleuderung von Ressourcen, welche sich ein Milizparlament vernünftigerweise schlicht nicht leisten kann. Wir werden uns auch in Zukunft an die in der Geschäftsordnung stipulierten Ausstandsregelungen halten; das und nicht mehr erwarten wir auch von den andern Fraktionen.

Von der weiteren Mitwirkung von Parlamentariern im Begleitausschuss erwarten wir unter Anderem, dass die Kommunikation zu den Fraktionen sichergestellt und so gewährleistet ist, dass die politischen Wünsche und Anregungen, wie sie auch in der Kommission manifest wurden, direkt und frühzeitig eingebracht und deren Umsetzung kontrolliert werden kann. Ich denke da insbesondere an die Vertretung von FussgängerInnen-Interessen, aber auch an die Problematik Abgabe im Baurecht oder Verkauf von Grundstücken usw. Das Parlament muss ein Interesse daran haben, dass auch in der Phase der Verfeinerung und Konkretisierung der jetzt weitgehend nur konzeptionell vorhandenen Umriss der Nutzungs- und Gestaltungsabsichten in den verschiedenen Teilgebieten das vorhandene Optimierungspotential ausgeschöpft wird und der jetzt erzielte Konsens tragfähig bleibt.

Zum Schluss möchte ich noch anmerken, dass wir die vorgesehene unterschiedliche Weiterbearbeitung der drei Teilgebiete nachvollziehen können. Obwohl wir der Ansicht sind, dass breiter abgestützte Architekturwettbewerbe zu besseren Resultaten führen können, halten wir den hier eingeschlagenen pragmatischen Weg der Umsetzung der Vorgaben der Submissionsverordnung, was in diesem Fall die Nutzung der erarbeiteten vertieften Kenntnisse der bereits in früheren Phasen involvierten Planer bedeutet, für vertretbar. Vielleicht werden so nicht die besten, dafür aber machbare und hoffentlich konsensfähige Lösungen erzielt. Die separat ausgewiesenen Beträge für Promotion und Marketing erachten wir als notwendig, da eine weitere Planungsleiche nach Möglichkeit verhindert werden muss. Wir hoffen also, dass mit dem jetzt zu sprechenden Projektierungskredit schnell das Terrain für die Überbauung auf dem Bleicheareal geebnet werden kann. Auch die nächsten Schritte müssen, mit der gebotenen Sorgfalt selbstverständlich, rasch in die Wege geleitet werden. Falls es mit der anstehenden Bauordnungs- und Zonenplanrevision unerwartete Schwierigkeiten bzw. Zeitverzögerungen geben sollte, müsste gegebenenfalls die Schaffung der Ergänzungszone separat vorgezogen werden.

Vielleicht wird es so doch noch möglich, dass auch Schaffhausen vom andernorts längst eingesetzten Wirtschaftsaufschwung profitieren kann. Mit dieser Hoffnung und der Vorfreude auf ein pulsierendes Leben auch hinter den Gleisen werden wir den Anträgen des Stadtrates zustimmen."

**Paul Bösch (parteilos)** Fraktionserklärung OeBS/EVP/GB \*

"Nach den ausführlichen Voten der Vorredner kann ich mich kurz fassen. Durch die Mitglieder von Steuerungsausschuss und Projektteam wurde die Vorlage sehr gut vorbereitet und vorgestellt. In der Kommission wurde dann auch genügend Raum gegeben, sich mit allen Aspekten der Materie vertraut zu machen. Auch wenn einzelne Mitglieder unserer Fraktion dem alten Projekt beim Landhaus nachtrauern, sind doch die Vorteile des Buszentrums an der Bahnhofstrasse einleuchtend. Da es sich um ein Vorprojekt handelt, ist auch verständlich, dass es noch offene Fragen und Wünsche gibt, die nun in der Phase der detaillierten Ausarbeitung berücksichtigt werden sollen.

Hierbei sind aus der Sicht unserer Fraktion folgende Punkte speziell zu berücksichtigen:

- Der in Aussicht gestellte Kantonsbeitrag in der Grössenordnung von 50 % muss bis zum Vorliegen des definitiven Projekts sichergestellt sein.
- Für die VBSH darf es keine Verschlechterungen geben.
- Für die Velos muss insbesondere im Bereich Ticketeria eine weitere Verbesserung angestrebt werden. An diesem Punkt ist auch positiv zu vermerken, dass gemäss einer Aussage von Stadtrat Kurt Schönberger die IG Velo und Vertreter der FussgängerInnen noch vermehrt in die weitere Planung einbezogen werden sollen.
- Der Individualverkehr im Bereich Bogenstrasse/Adlerkreuzung darf den Verkehrsfluss der öffentlichen Busse nicht beeinträchtigen und soll allenfalls anders geführt oder mit einem Signal beim Ausgang Bogenstrasse/Bahnhofstrasse geregelt werden.
- Die Carparkplätze hinter dem Bahnhof sind als Kurzzeitparkplätze zum Ein- und Aussteigenlassen zu konzipieren.
- Für das Areal des heutigen Bushofs bevorzugen wir klar eine Abgabe im Baurecht, wie es übrigens auch in der Vorlage auf Seite 4 im Absatz c) zum Teilgebiet C aufgeführt ist.
- Der bisherige Steuerungsausschuss soll in der bisherigen Zusammensetzung bei Bedarf als beratendes Organ weiter in die Planung einbezogen werden.

Abschliessend kann ich sagen, dass die OeBS/EVP/GB-Fraktion das Projekt Landhaus/Bushof als Konsens aller Beteiligten begrüsst und somit auf die Vorlage eintreten und ihr auch zustimmen wird. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit."

**Herbert Distel (CVP)** Votum \*

"Der Kommissionspräsident sowie meine Vorredner haben bereits das Wesentliche gesagt. Ich kann mich daher kurz fassen. Die CVP wird auf die Vorlage eintreten und dem Projektierungskredit zustimmen.

Sicherlich war es taktisch richtig, nach grossem Gegenwind auf den "Längsbushof" hinter dem Bahnhof zu verzichten. Die Idee, den Bushof an die Bahnhofstrasse zu verlegen, kam bestimmt nicht nur von der Wirtschaftsförderung. Schon in der ersten SPK hatte die FDP/CVP-Vertretung stets auf die gesamte Verlegung des Busbetriebes auf die Bahnhofstrasse tendiert. Leider sagte man uns damals, das gehe nicht. Jetzt geht es mit dem Wirtschaftsförderer. Wichtig ist aber jetzt, dass wir dem guten Projekt eine Chance geben und dem Kredit zustimmen."

**Peter Wullschleger (CVP)** Votum \*

"Als Verfasser einer kleinen Anfrage im Zusammenhang mit diesem Projektierungskredit erlaube ich mir ebenfalls einige Bemerkungen. Möglicherweise haben sich viele in diesem Rat gefragt, ob ich mit meinem Vorstoss den Kredit abwürgen will. Ich kann Ihnen versichern, dass dem nicht so ist. Hätte ich dies gewollt, hätte ich andere Register gezogen.

Weshalb dann die ganze Übung? Von verschiedenen Seiten - und über parteipolitische Grenzen hinweg - wurde in jüngster Vergangenheit die Absicht laut, die Steuern senken zu wollen. Dieses an und für sich löbliche Ziel dürfte hingegen nur erreicht werden, wenn es gelingt, mehr Steuersubjekte zur Kasse zu bitten oder die Ausgaben der öffentlichen Hand substanziell zu reduzieren. Was den letztgenannten Weg anbetrifft, wird es nicht genügen, da und dort einige Franken einzusparen. Und hier knüpft meine kleine Anfrage an, geht es doch beim Kredit um rund eine halbe Million Franken in einer Sache, die schon früher Gegenstand von Planungs- und Projektierungsbemühungen war. Zu Recht stellt sich somit die Frage, ob nicht in irgend welchen Schubladen Resultate dieser Planungstätigkeit liegen. Sollte es möglich sein, diese Ressourcen zu nutzen, könnte der benötigte aktuelle Projektierungsbetrag vielleicht geringer ausfallen.

Natürlich gehe ich davon aus, dass der Baureferent diese Abklärungen getroffen hat. Nur bin ich dann etwas enttäuscht, dass mein Vorstoss noch nicht behandelt wurde, hätte doch eine solche Vorabklärung praktisch zu den Antworten auf meine kleine Anfrage geführt. Wie auch immer die Sachlage in diesem Fall ist: Generell geht es mir darum, dass die öffentliche Hand bei der Erfüllung ihrer Aufgaben konsequent vorhandene eigene Mittel nutzen muss, soll eine spürbare und langfristige Reduktion des Steuerfusses möglich werden.

Ich werde dem Kredit zustimmen, letztlich jedoch in der Hoffnung, dass Synergien aus früherer Planungstätigkeit genutzt werden und so der gesprochene Kredit nicht vollständig ausgeschöpft zu werden braucht."

**Peter Neukomm, Ratspräsident** stellt fest, dass Peter Wullschleger die Möglichkeit benutzt hat, aus einer Kleinen Anfrage zumindest eine halbe Interpellation zu machen.

**Bernhard Egli (OeBS)** Votum \*

"Die Situation entlockt mir ein gewisses Schmunzeln. Ich bin bekannt als Gegner von Kleinen Anfragen und Befürworter von Interpellationen. Peter Wullschleger hat das raffiniert gemacht mit seiner Kleinen Anfrage - Gratulation!

Ich muss Ihnen gestehen, dass ich von der Projekt-Skizze zum neuen Bushof etwas enttäuscht bin. Das ursprüngliche Vorhaben eines Busperrons entlang der Spitalstrasse hat mich mehr überzeugt. Das neue Vorhaben wirkt - zusätzlich zum hohen Preis - etwas gar eingequetscht.

Wichtiger als Projektvarianten ist mir aber, dass im Bereich "Zentrum Landhaus/Bushof" endlich etwas geht, für die Zukunft geplant und Investoren gesucht werden können. Deshalb opponiere ich nicht gegen das neue Bushof-Projekt.

Es geht hier ja erst um einen Projektierungskredit. Ich möchte aber jetzt schon davor warnen, dass Rahmenbedingungen aus der Planungsphase am Schluss einfach über den Haufen geworfen werden.

Als Beispiel dazu möchte ich das Obertor-Projekt erwähnen und aus dem Umweltverträglichkeitsbericht zitieren. Da heisst es:

- *"Die während der Bauphase für den Installationsplatz benötigten Grünflächen sind wieder herzustellen und mit einer standortgerechten Bepflanzung zu versehen.*
- *Städtebauliche Begleitung der weiteren Projektierungs- und Bauarbeiten beim Knoten Obertor durch das Hochbauamt und die Stadtökologie der Stadt Schaffhausen."*

Diese Punkte waren der OeBS/EVP/GB- Fraktion damals bei jenem Projekt wichtig. Schade, dass nicht das ganze Jahr Weihnachten ist; dann hätte man den schönen Christbaum im Obertor-Kreisel stehen lassen können. Das 180'000-fränkige rote Verkehrshindernis, das jetzt aufgebaut wird, hat nichts mit den Vorgaben des UVB zu tun. Der Stadtrat hat sich offensichtlich ein Denkmal setzen wollen. Ob die roten Kreise allerdings eine Zielscheibe oder eine Abschussrampe darstellen sollen, weiss ich nicht."

#### **Peter Kämpfer (SP)**

Votum

"Erlauben Sie mir, zu einem in der Kommissionsberatung aufgetauchten Nebengeplänkel ein paar Worte zu verlieren. Es wurde auf den Doppelsitz gewisser Leute - SPK und Steuerungsausschuss - hingewiesen. Dies ist eine Sache, welche man sicher grundsätzlich überdenken kann, aber nicht lediglich auf Grund einer SPK tun soll. Wenn schon, müsste man das generell anschauen. Ich habe mich gewundert, dass der Anstoss aus der SVP kam. Ich weiss nicht, ob die ganze SVP dahinter steht, denn aus Ihrer Fraktion gibt es Beispiele - ich denke an die Verselbständigung der städtischen Werke, wo der Präsident der Kommission im Steuerungsausschuss und in der VK sitzt. Das Problem taucht mannigfaltig auf. Das hat etwas mit der Nebenberuflichkeit unseres Rates zu tun. Solange wir im Milizsystem arbeiten, wird es solche Kollisionen immer geben. Es ist sicher diskussionswürdig, dass wir dies in unserem Rat generell anschauen. Dann müssen wir dazu kommen, allen Interessen auf einer freiwilligen Basis offen zu legen, und nicht so, wie es NR-Präsident Hess tut. Dann könnten wir eine gewisse Transparenz schaffen. Es ist das falsche Vorgehen, wenn wir anhand einer einzigen Kommission gewisse Forderungen stellen, und dies bei anderen Kommissionen ignorieren."

#### **Alfred Zollinger (SVP)**

Votum

"Peter Kämpfer, ich muss erstens ganz klar festhalten, dass ich in der neuen Legislaturperiode - ab 1.1.2001 - nicht mehr der Verwaltungskommission EWS angehöre.

Das Zweite wurde an der letzten Sitzung der SPK "Verselbständigung der städt. Werke" diskutiert. Ich hoffe, Sie haben dort gut zugehört, aus welchem Grunde ich in den Steuerungsausschuss kam." Der Votant weist an dieser Stelle darauf hin, dass er als damaliges Mitglied der Verwaltungskommission EW als deren Vertreter in den Steuerungsausschuss gewählt wurde.

**Stadtrat Kurt Schönberger**      Stellungnahme des Stadtrates \*

"Ich bedanke mich für die wohlwollende Aufnahme unserer Vorlage. Speziell bedanke ich mich bei der SPK, welche sich sehr gründlich und sorgfältig mit dieser Vorlage befasst hat. Ein spezieller Dank geht an den Präsidenten der SPK, Roland Schöttle, der die Kommission umsichtig geführt hat. "Ende gut, alles gut" - so möchte ich meine Ausführungen überschreiben.

Anlässlich der Beratung der Vorgänger-Vorlage im Grossen Stadtrat hatte ich davon gesprochen - Andres Bächtold hat dieses Stichwort aufgenommen -, dass es sinnvoll wäre, eine Ehrenrunde einzuschalten.

Heute muss bzw. darf ich feststellen, dass sich dieser Umweg mehr als gelohnt hat. Es ist gelungen, den gordischen Knoten zu lösen, die ganze Sache zu entkrampfen und auf eine Ebene zu führen, wo auf allen Seiten grosse Bereitschaft für ein konstruktives Handeln vorhanden gewesen ist. Dafür sind wir dankbar.

Ausschlaggebend für eine Neubesinnung war sicher der Entscheid des SR, auf seinen Beschluss zurückzukommen, auch die Regionalbusse auf der Bahnhofstrasse zuzulassen.

Mit dem Instrument des Steuerungsausschusses, vor allem aber unter Mithilfe des aussenstehenden Moderators Thomas Holenstein ist es gelungen, die Diskussionen auf eine Ebene zu führen, wo man bestrebt war, kooperativ und konstruktiv an einer Lösung zu arbeiten, die letztlich zum Erfolg führen kann. Die Zusammensetzung des Steuerungsausschusses mit den unterschiedlichsten Interessen war von Anfang an zwar nicht Garant für einen erfolgreichen Abschluss der Arbeiten; sie hat letztlich aber doch die Grundlage gebildet für eine Versachlichung der Diskussion und für eine erfolgsversprechende Arbeit.

Die Mitarbeit im Steuerungsausschuss war für mich sehr erfreulich. Beeindruckt hat mich vor allem die positive Grundstimmung von allen Mitgliedern.

Wichtig und ausschlaggebend für den Erfolg war aber auch, dass wir mit den Herren

- Streckeisen, SBB
- Gmünder, die Post
- Alb, Büro Basler + Hofmann und
- Silver Hesse, Planer

sehr kompetente Gesprächspartner gehabt haben. Ihnen möchte ich genauso danken, wie meinen Mitarbeitern aus dem Baureferat und Walter Herrmann, VBSH.

In den Verhandlungen mit den SBB haben wir einen eigentlichen Quantensprung gemacht.

So ist es gelungen, mit der Zeile Hintersteig endlich zu einer Lösung zu kommen, das heisst, die Stadt hat die restlichen 3/18 auch noch übernehmen können, und zwar zu Fr. 162'270.- zu Lasten des 12 Mio. Rahmenkredites. Der Entscheid, was mit dieser Häuserzeile letztlich geschieht, ob sie

- im Baurecht abgegeben,
- verkauft oder aber
- von der Stadt renoviert werden soll,

liegt vorerst beim SR und später beim GrSR.

Am Laufen bzw. kurz vor dem Abschluss sind im Moment auch die Verhandlungen mit den SBB betr.

- Areal Bahnhof Nord und
- Areal Landhaus.

Hier präsentiert sich die Ausgangslage so, dass die SBB nicht verkaufen, sondern die Grundstücke im Baurecht abgeben wollen. Erste Entwürfe zu den entsprechenden Baurechtsverträgen liegen bereits vor.

Harziger gestalten sich indessen die Gespräche mit der DB. Hier beissen die SBB nach wie vor auf Granit, bzw. braucht es noch etwas Geduld.

Mit Hilfe der SBB konnte in der Zwischenzeit ein weiterer Brocken aus dem Weg geräumt werden. Es geht um einen nicht rückzahlbaren Bundesbeitrag aus dem Jahre 1988 in Höhe von rund Fr. 2,5 Mio. Dieser Beitrag ist zweckbestimmt zur Finanzierung von 80 PP beim Bahnhof für Bahnkunden ausgerichtet worden. Weiter hat es im damaligen Beschluss des Bundesamtes für Strassenbau geheissen, dass bei Handänderungen die Zustimmung vom Bundesamt einzuholen sei, und dass dieser Betrag bei zweckwidriger Nutzung oder Aufhebung der Bahnhofparkplätze unverzüglich zurückzuzahlen sei. - Diese Ausgangslage hat eine bestimmte Unsicherheit ergeben.

Mit Datum vom 20. Februar 2001 ist in dieser Frage nun aber Klarheit geschaffen worden. Zitat aus dem Brief des Bundesamtes für Strassen an die SBB:

### **Bahnhofparkplatzanlage Bahnhof Schaffhausen**

*"Wir beziehen uns auf Ihre Anfrage vom 23. Januar 2001 in oben erwähnter Angelegenheit. Danach möchten die SBB der Stadt Schaffhausen das Areal, auf dem die heutigen, durch den Bund subventionierten 80 P&R-Parkplätze befinden, im Baurecht abtreten. Vorgesehen ist ferner eine Abmachung, wonach sich die Stadt verpflichtet, zu jeder Zeit mindestens 80 Parkplätze im Sinne der Zusicherungsverfügung vom 21. Dezember 1988 entweder auf dem Baurechtsgrundstück oder auf dem anliegenden Bleiche-Areal zur Verfügung zu stellen.*

*Wir können der beabsichtigten Handänderung im Sinne eines Vorbescheids zustimmen. Wichtig ist, dass der Zweck der Subventionsverfügung stets eingehalten wird. Wir bitten Sie, uns zu gegebener Zeit die Vereinbarung zwischen den SBB und der Stadt Schaffhausen über die 80 P&R-Parkplätze und die damit zusammenhängende Verpflichtung zur Genehmigung zu unterbreiten."*

Weitere Verhandlungen sind mit der Firma Kiefer betr. dem Areal in Fortsetzung des Areals Landhaus geführt worden. Diese haben sich zufolge anderer Preisvorstellungen der beiden Verhandlungsparteien aber zerschlagen. Immerhin haben die heutigen Besitzer uns das Einverständnis dafür gegeben, dass die Parzelle in die Planung einbezogen werden kann.

Schlussbemerkung

Aus politischer Sicht darf die Ausgangslage, wie sie sich heute präsentiert, als unverkrampft und vor allem als grosse Chance für unsere Stadt bezeichnet werden. Die neue Anordnung des Bushofes im Areal Bahnhof Nord ist eine Variante mit Perspektiven.

- Sie eröffnet grosse Möglichkeiten bei der Gestaltung und Weiterentwicklung der Areale Bleiche und Landhaus,
- gibt den Buspassagieren mehr Komfort,
- verkürzt die Wege in die Altstadt und mithin zu den Verkaufsläden
- und ist auch aus umweltpolitischer Sicht die beste Lösung.

Ich empfehle Ihnen deshalb Eintreten auf die Vorlage und Zustimmung zu den Anträgen des SR bzw. der SPK.

Sie geben damit grünes Licht und den Startschuss für ein zukunftsweisendes Projekt und signalisieren damit gleichzeitig die Bereitschaft, sowohl in städtebaulicher als auch in verkehrspolitischer Hinsicht einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung zu tun.

Noch einige Bemerkungen zu Voten, die jetzt gefallen sind:

Hans Peter Huber hat vom Steuerungsausschuss gesprochen. Dazu brauche ich nicht Stellung zu nehmen. Das ist Sache der Fraktionen, wie sie diesen Steuerungsausschuss dann beschicken werden.

Andres Bächtold hat dem Projektteam, also dem Steuerungsausschuss hervorragende Arbeit attestiert. Diesem Kompliment kann ich mich anschliessen. Es wurde sehr gute Arbeit geleistet.

Herr Paul Bösch hat richtigerweise festgestellt, dass es sich hier um ein Vorprojekt handelt und viele Fragen eigentlich noch offen sind. Er hat eine ganze Reihe von Vorbedingungen aufgestellt, die ich mir aufgeschrieben habe.

Sie haben gesagt, dass der in Aussicht gestellte Kantonsbeitrag in der Grössenordnung von 50 % bis zum Vorliegen des definitiven Projekts sichergestellt sein muss. Wir werden mit dem Kanton selbstverständlich Kontakt aufnehmen. Der Kontakt ist hergestellt. Wie rasch diese Zusicherung vorliegt, muss mit dem Kanton geklärt werden, da dieser auch sein Parlament mit einbeziehen muss.

Sie haben verlangt, dass es für die VBSH keine Verschlechterungen geben darf. Walter Herrmann, Direktor der VBSH, war stets in die Planung einbezogen und konnte die Anliegen der VBSH einbringen. Man darf sicher davon ausgehen, dass es für die VBSH eher zu Verbesserungen kommen wird.

Ein weiteres Anliegen von Ihnen war, dass für die Velos insbesondere im Bereich Ticketeria eine weitere Verbesserung angestrebt werden soll. Da sind wir zusammen mit den SBB daran, allenfalls auch auf dem Areal Bahnhof Süd etwas zu bekommen. Vielleicht haben wir Glück, dass da in absehbarer Zeit ein Umdenkprozess eingeleitet werden kann.

Schliesslich haben Sie den Individualverkehr im Bereich Bogenstrasse/Adlerkreuzung angesprochen. Das werden wir im Rahmen der Detailplanung und der -Projektierung aufnehmen, ebenso wie die Carparkplätze usw.

Peter Wullschleger hat seine Kleine Anfrage in eine Interpellation umgewandelt. Ich habe mit einem Votum gerechnet und habe selbstverständlich diese Zahlen hier. Die Antwort auf die Kleine Anfrage unterblieb bis heute nicht absichtlich, sondern weil es diese Zeit brauchte, um die Zahlen zusammen zu stellen.

**Peter Wullschleger (CVP)** verzichtet darauf, dass der Baureferent an dieser Stelle auf die Fragen der Kleinen Anfrage eingeht und diese hier beantwortet. "Ich warte gespannt auf die schriftliche Antwort."

Der **Baureferent** moniert, dass er sich nicht den Vorwurf einhandeln möchte, er hätte bewusst diese Zahlen zurück gehalten, damit man die Vorlage nicht gefährdet.

**Peter Wullschleger (CVP)** erwidert, wenn er diesen Eindruck gehabt hätte, hätte er dies gesagt.

**SR Kurt Schönberger** geht auf weitere Voten zum Eintreten ein.

Bernhard Egli hat davon gesprochen, er sei etwas enttäuscht von der Projekt-Skizze. Die Sache sei gar eingequetscht in dieser Böschung. Spezialisten und Verkehrsfachleute haben sich anders geäußert; sie haben uns bestätigt, dass wir mit dieser Planung auf einem guten Weg seien.

Der Obertor-Kreisel wäre möglicherweise ein Thema für eine Kleine Anfrage. Deshalb verzichte ich hier auf einen Kommentar.

Soweit meine Stellungnahme. Ich empfehle Ihnen nochmals Eintreten auf die Vorlage. Es würde mich a.o. freuen, wenn Sie als Signal ein einstimmiges Resultat zu dieser Vorlage liefern würden."

Der **Ratspräsident** stellt fest, dass Eintreten auf die Vorlage unbestritten ist.

**EINTRETEN auf die Vorlage ist somit beschlossen.**

### DETAILBERATUNG

**Iren Eichenberger, 1. Vizepräsidentin** verliest die Seitenzahlen 1 - 7 der Vorlage.

Zu Seite 2: Peter Möller (GB) nimmt Bezug auf die Aussage des Baureferenten anlässlich der Sitzung vom 8. Mai, wonach die Stadt auf die Weiterverfolgung einer zentralen Gepäckaufbewahrung verzichten möchte. Der Votant bittet, diesen Entscheid in Wiedererwägung zu ziehen unter Berücksichtigung der nachfolgenden Argumente: Deponieren von Einkaufsgut nach Ladenschluss, von Gepäck von Touristen und von BenutzerInnen von Überland-Bussen, welche in der Stadt noch einen Zwischenhalt einschalten wollen usw.

SR K. Schönberger bleibt bei seiner Meinung, dass man auf eine zentrale Gepäckaufbewahrung verzichten will. Er bezieht sich auf eine entspr. Umfrage bei der Pro City, welche signalisiert hat, dass ein solches Bedürfnis nicht besteht. Der

Baureferent verweist im übrigen darauf, dass auch für Touristen im Bahnhof die Möglichkeit besteht, in den Schliessfächern Gepäck zu deponieren.

Peter Möller (GB) ergänzt noch, dass der Wunsch nach einer ebenerdigen Gepäckaufbewahrungsstelle an ihn heran getragen wurde, damit die Schlepperei einigermassen erträglich sei. Das sei der Hauptgrund.

Weitere Wortmeldungen in der Detailberatung erfolgen nicht.

## **ANTRÄGE**

**Iren Eichenberger, 1. Vizepräsidentin** verliest die Anträge der SPK:

1. Der Grosse Stadtrat *nimmt Kenntnis vom Bericht und Antrag des Stadtrates vom 13. März 2001 und* bewilligt einen Projektierungskredit von Fr. 475'000.-- für die Weiterentwicklung Landhaus/Bushof, umfassend:

**Teilgebiet A    Areal Bahnhofstrasse, Vorlageprojekt Buszentrum mit Velostation**

**Teilgebiet B    Areal (Kiefer) Landhaus/Hintersteig, Projektstudie und Investorensuche**

**Teilgebiet C    Areal Bleiche, Projektentwicklung mit "Investorenwettbewerb"**

**(inkl. Begleitaufwand Projektleitung und Aufwand Promotionen und Investorenmarketing)**

*Anmerkung der Redaktion: Der kursiv geschriebene Text wird auf einen Hinweis von Esther Bänziger (SP) ergänzend eingefügt.*

Kein Gegenantrag - so beschlossen.

2. Dieser Beschluss untersteht nach Art. 11 Abs. 1 lit. d der Stadtverfassung dem fakultativen Referendum.

Kein Gegenantrag - so beschlossen.

## **SCHLUSSABSTIMMUNG**

Der Grosse Stadtrat stimmt der Vorlage des SR mit **45 : 0 Stimmen** zu und heisst die Anträge der SPK gut.

Das Geschäft ist erledigt.

**Traktandum 2 VdSR - Entwicklung der Koordinationsstelle für familienergänzende Kinderbetreuung:  
Neueinstufung u. Stellenplananpassung**

---

## **EINTRETENSDEBATTE**

Das Geschäft wurde in einer 11er-SPK vorberaten.

**Alfons Cadario (EVP)**                      Präsident der SPK \*

"Heute behandeln wir eine Vorlage, die beinahe ein Jahr in diesem Rat pendent war. Sicher haben sich einige Leute gefragt, wann kommt diese Vorlage in unseren Rat? Verschiedene Umstände haben zu dieser langen Zeitdauer geführt. Einerseits hatte die Kommission auf weitere Unterlagen gewartet und andererseits waren die Stadtratswahlen, die Wahl in den Grossen Stadtrat und die Neubildung der Spezialkommission ebenfalls die Ursachen.

Die Kommission hat die Vorlage in vier Sitzungen beraten. Die ersten beiden Sitzungen wurden im Beisein von Altstadtrat Widmer durchgeführt, die letzten zwei wurden durch Stadtrat Urs Hunziker begleitet. Die ersten beiden Sitzungen dienten dazu, um generell auf die Vorlage einzutreten. Die Kommission wollte dann die Orientierungsvorlage betreffend Strukturreform Schulreferat/Stadtschulrat/Kompetenzdelegation an die Schulhäuser durch Einrichtung von Schulleitungen und das Jugendleitbild abwarten, obwohl einige Kommissionsmitglieder und der Stadtrat der Ansicht waren, dass die Strukturreform keinen Einfluss auf diese Vorlage hat. In den ersten Sitzungen stellte sich die Grundsatzfrage: Stellenausbau Ja oder Erhalt des Status quo?

Worum geht es eigentlich in dieser Vorlage?

1990 gab der Stadtrat eine Studie mit dem Thema „ausserfamiliäre und ausserschulische Tagesbetreuung in der Stadt Schaffhausen" in Auftrag. In dieser Untersuchung wurde schon damals nachgewiesen, dass ein grosses Bedürfnis nach familienergänzender Betreuung vorhanden ist. Im Herbst 1991 erreichte uns eine Vorlage des Stadtrates und am 31. März 1992 bewilligte dieser Rat als dringendste Massnahme eine Koordinationsstelle mit einem Pensum vom 50 Stellenprozenten in der Funktion Sachbearbeiter/in I. Die drei zentralen Aufgaben dieser Stelle sind wie heute noch:

- Koordination, Information und Vernetzung des bestehenden Angebotes
- Anlauf- und Kontaktstelle für private Träger und Initiativen
- Ausbau des Angebotes (Entwicklung von neuen Projekten; Erarbeitung von Entscheidungsgrundlagen zuhanden des Stadtrates bzw. des GrSR)

„Kinder haben ein Recht auf eine glückliche Jugend, sie sollen sich gerne an sie zurück erinnern können". Mit diesem Zitat beginnt die Studie von 1990.

Bereits im Oktober 1994 wurde die Stelle von einer Stabs- zu einer Linienstelle mit Führungsverantwortung geändert. Durch die rasch ändernden Gesellschaftseinflüsse müssen die Angebote und Einrichtungen laufend und schnell angepasst werden. Das 1992 bewilligte Stellenvolumen von 50% wird heute durch die Geschäfts- und Personalführung ausgefüllt. Die ursprünglichen Aufgaben wie Koordination, Information, Vernetzung, Weiterentwicklung des Angebotes, Suche nach neuen Finanzierungsmöglichkeiten, etc., welche für die Qualitätssicherung und Weiterentwicklung unerlässlich sind, müssen zusätzlich, das heisst bis heute in Überzeit oder in der Freizeit bewältigt werden. 1997 wurde noch zusätzlich von der Vormundschaftsbehörde das Amt der Vertrauensperson für die Aufsicht über die Kinderkrippen, Kinderhorte und die Heimpflege der Stadt Schaffhausen delegiert.

Die heutige Stelleninhaberin konnte mühelos den Nachweis ihres Arbeitspensums von 80% erbringen. Heute gibt es wieder Wartelisten für Kinder im Vorschulalter, die auf einen geeigneten Betreuungsplatz warten. Heute geben nur noch 40% der Frauen nach der Geburt des ersten Kindes ihre Berufstätigkeit auf (1980: 75%; 1990: 66%). Die übrigen 60% bleiben voll oder teilzeitlich im Erwerbsleben. Selbst mit einem zweiten Kind gehen immer noch knapp 40% der Mütter - ohne allein Erziehende - mindestens einer Teilzeitbeschäftigung nach. Immer mehr vollständige junge Familien sind heute auf den Zweitverdienst der Frau angewiesen. Auch immer mehr Frauen haben Freude an ihrem Beruf und wollen diesen zumindest teilzeitlich noch als Mutter ausüben.

Zum einen kann eine moderne Volkswirtschaft heute nicht mehr auf das Wissen und Können von gut ausgebildeten Frauen verzichten, zum andern muss vermieden werden, dass Frauen sich im Zeitalter der Gleichstellung noch zwischen den Optionen 'Kind oder Beruf' entscheiden müssen, obwohl sie beides wollen. Das Phänomen der 'neuen Kinderlosigkeit' ist in der Schweiz besonders ausgeprägt und schon die heutigen Geburtenziffern vermögen langfristig den Bestand der Bevölkerung - und damit auch die Renten - nicht mehr zu sichern. Obwohl die freiwillige Kinderlosigkeit verschiedene Hintergründe hat, wird als häufigster Grund die schlechte Vereinbarkeit von Familie und Beruf in unserem Land genannt. Der Mangel an geeigneter ausserfamiliären Kinderbetreuung ist ebenso Teil solch schlechter Rahmenbedingungen, wie die heutigen Stundenpläne an den Schulen (unterschiedlicher Schulbeginn und -schluss der Kinder einer Familie, fehlende Blockzeiten). Gute und bedarfsgerechte, familienergänzende Kinderbetreuung kann durchaus als Standortvorteil bezeichnet werden.

Lange haben wir über die Stellenprozente und über die Besoldungsklassen diskutiert und am Schluss konnte doch noch der vorliegende Kompromiss gefunden werden. Leider hat die jetzige Stelleninhaberin in der Zwischenzeit gekündigt. Die Stelle wurde mit den alten Vorgaben ausgeschrieben und kann wieder besetzt werden.

An seiner zweiten Sitzung vom 27. September 2000 hatte die damalige Spezialkommission mit 7 zu 4 Stimmen beschlossen, auf die Vorlage einzutreten und zu warten, bis die Orientierungsvolage (Gesamtkonzept), ebenfalls darin eingebunden das sich in der Entwicklung befindende Jugendleitbild, erstellt ist. An der vierten und letzten Sitzung wurde den Ihnen vorliegenden Anträgen zugestimmt und in der Schlussabstimmung wurde die Vorlage mit den genannten Änderungen einstimmig genehmigt.

Am Schluss möchte ich den Kommissionsmitgliedern, Altstadtrat Werner Widmer, Stadtrat Urs Hunziker sowie Frau Margrit Steiger für das Protokoll recht herzlich danken. Frau Angelika Tschanen möchte ich recht herzlich danken für ihre grosse Arbeit, die sie für die Bevölkerung der Stadt geleistet hat."

**Alfons Cadario (EVP)** Fraktionserklärung OeBS/EVP/GB \*

"Gleichzeitig möchte ich Ihnen mitteilen, dass die OeBS/ EVP/GB-Fraktion auf die Vorlage eintreten und den Anträgen zustimmen wird. Die Unternehmen können Abendarbeit heute bis 23.00 Uhr bewilligungsfrei einführen und zum Normalfall machen. Für erwerbstätige Mütter und Väter wird dies massive Folgen haben. Da Kinderbetreuung und Erziehungsarbeit bekannterweise nicht flexibilisierbar ist, wird die Einführung von Abendarbeit dazu führen, dass es noch schwieriger wird,

Erwerbsarbeit und Betreuungsarbeit miteinander in Einklang zu bringen. Gemäss dem FDP-Positionspapier zu den National- und Ständeratswahlen 1999 ist die Forderung zur Einrichtung und zum Betrieb von privaten, halbprivaten oder öffentlichen Tagesschulen, die vom Bund und Kantonen unterstützt und steuerlich begünstigt werden sollen, recht interessant. Ferner sollen gemäss dem Forderungskatalog der FDP die Kosten für die Kinderbetreuung durch Drittpersonen als Aufwand von den Steuern abgezogen werden können. Weiter heisst es: "Horte und Tagesschulen sind eine wesentliche Voraussetzung der tatsächlichen Gleichstellung von Frau und Mann." Es sei überdies ein wirtschaftlicher Unsinn, durch den Mangel an Betreuungsplätzen qualifizierte Frauen vom Erwerbsleben fernzuhalten.

Stimmen Sie alle diesen bescheidenen Anträgen zu, zum Wohle der Kinder in unserer Stadt. Denken Sie daran, nicht alle Mütter gehen freiwillig einer Arbeit nach, für viele - auch für Schweizerinnen - ist es eine Notwendigkeit, und diese Eltern können beruhigter arbeiten, wenn sie die Kinder gut versorgt wissen."

**Stephan Schlatter (SVP)**                      Fraktionserklärung SVP/EDU \*

"Als Erstes möchte ich Alfons Cadario für die kompetente Führung der SPK danken, er hat auch in schwierigen Situationen den Überblick behalten.

So lange der Name dieser SPK ist, so lange dauerten die Sitzungen zum Glück nicht. Trotz einiger Differenzen am Anfang konnte in der 4. Sitzung eine Kompromisslösung gefunden werden.

Mit den neuen Anträgen - Erhöhung des Pensums auf 80% und gleichzeitige Belassung der Stelle in der BK 17 - 19 kann die SVP/EDU-Fraktion mehrheitlich leben, wenn auch mit leisem Knurren und mit Enthaltungen.

Dass das Thema "familienergänzende Kinderbetreuung" nach dieser Vorlage nicht vom Tisch ist, beweisen die neuen Vorlagen und Vorstösse. Ich hoffe, dass dann auch die Tarife gründlich unter die Lupe genommen werden."

**Thomas Hauser (FDP)**                      Fraktionserklärung FDP/CVP \*

Zuerst möchte ich Alfons Cadario danken, dass er uns an die FDP-Strategiepapiere erinnert hat. Ich muss ihm aber sagen, dass zwischen Betreuung und Koordination ein himmelweiter Unterschied besteht.

Die Vertreterinnen und Vertreter der FDP und CVP äusserten sich in der Spezialkommission gegenüber der ursprünglichen Vorlage aus drei Gründen - von Anfang an - mit einer klaren Abneigung:

1. Die neue Einstufung als Ressortleiterin II in der Besoldungsklasse 19 - 21 ist im Vergleich zu anderen Aufgaben im öffentlichen Dienst nicht gerechtfertigt.
2. Wenn man den Aufgabenkreis dieser Koordinationsstelle genau betrachtet, ist eine Pensenerhöhung um 50% auf 100% ebenfalls nicht gerechtfertigt.
3. Die familienergänzende Kinderbetreuung gewinnt immer mehr an Bedeutung. Dazu braucht es aber, sei es von privater oder von öffentlicher Seite, primär gut bezahlte Betreuerinnen oder Betreuer.

Das Verhältnis Salär BetreuerIn zur Sekretariats-/Koordinationsstelle muss stimmen. Mit dieser übersetzten Einreihung in die Klasse 19 - 21 stimmt dieses nicht.

An der vierten und letzten Kommissionssitzung wurde transparent gemacht, dass die bisherige Stelleninhaberin mit den abgerechneten Überstunden ungefähr ein 80% - Pensum erreichte.

Dieser Umstand bewog uns, einer Pensenerhöhung auf 80% zuzustimmen. Einen Wechsel in eine andere Besoldungsklasse liegt für uns aber nicht drin. Die Kommission folgte diesem Ansinnen, begleitet von der Ausarbeitung eines neuen Artikels 3, der besagt, dass bis ins Jahr 2003 diese Einreihung überprüft werden muss; denn, es müssen ja auch noch andere Einreihungen überprüft werden. Dies vor allem, wenn wir uns an die Beschlüsse einer kürzlichen Sitzung des Grossen Stadtrates in Zusammenhang mit den Heimen erinnern.

Im Sinne der Belassung der Einreihung in der bisherigen Klassenbreite 17 - 19 und einer Pensenerhöhung auf 80%, kann die FDP/CVP-Fraktion auf die abgeänderte Vorlage eintreten und den Kommissionsanträgen zustimmen."

**Verena Stutz (SP)** Fraktionserklärung \*

"Für die SP-Fraktion ist die familienergänzende Kinderbetreuung ein wichtiges Anliegen. Wir sind der Meinung, dass alle, die dies wünschen und brauchen, die Möglichkeit haben sollen, ihr Kind KIND-gerecht und seriös betreuen zu lassen. Glücklicherweise gibt es solche Angebote auch in unserer Stadt. Nur leider sind es viel zu wenige: die Plätze sind vergeben und die Wartelisten lang. Neue Ideen sind gesucht.

Keine Frage, es braucht die Koordinationsstelle. Ihr Aufgabengebiet ist breit gefächert: Personal soll betreut werden, Angebote vernetzt und koordiniert, Bedürfnisse der Gesellschaft sollen aufgespürt und Neues entsprechend erarbeitet werden.

Auch sind wir entgegen dem auf Seite 6 der Vorlage geäusserten Leitgedanken der festen Überzeugung, dass es richtig und wichtig ist, wenn die Stadt sich auch künftig an neuen Krippen und Horten beteiligt und dies nicht allein der Privatwirtschaft überlässt.

Es kann nicht Ziel einer Gemeinde sein, alle Verantwortung und alle Handlungsmöglichkeiten aus der Hand zu geben. Die Wirtschaft soll eingebunden, aber nicht sich selber überlassen werden, da sonst die Kinder und ihre Familien, Mütter, Väter zu schnell zum Spielball der Wirtschaftslage werden.

Und last but not least: Sollte der Ständerat zustimmen, steht auch dem Kanton Schaffhausen jährlich etwa eine Mio Franken zur Verfügung zur Förderung der Krippen und Horte. Wohl etwas mehr als die Hälfte davon dürfte die Stadt für sich beanspruchen. Dieses Geld muss abgeholt und richtig eingesetzt werden.

Die Ansprüche an diese Stelle rechtfertigen u.E. eine Neueinreihung in die Ressortleitung II absolut.

Ich danke dem Präsidenten der SPK, Alfons Cadario. Es war nicht immer einfach, diese Kommission zu leiten, denn es waren keine schönen Sitzungen, geprägt von zu viel Wahlkampf und zu wenig sachlichen Diskussionen.

Erst mit dem neuen Referenten, der die Vorlage ebenfalls unterstützte und den Arbeitsaufwand bestätigte, wurde eine Lösung möglich. Schlussendlich dauerte es nun fast ein Jahr, bis diese Vorlage endlich abschliessend behandelt werden kann.

Bedauerlich, denn dies alles ging auf Kosten einer ausgezeichneten städtischen Mitarbeiterin, die dummerweise an ihrer Stelle so viel zu leisten hatte, dass ihr zu kleines Pensum nirgends hin reichte. Kein Wunder, dass sie uns verlässt, das bedauern wir sehr! Denn auch wenn die Übergabe an die Nachfolgerin sorgfältig erfolgt, geht trotzdem sehr viel Know-how verloren. Das hätten wir uns und der Stadt ersparen können.

Im Moment ist es sicher richtig, die Geschichte zu beenden und für die Nachfolge von Frau Tschanen eine vernünftige Basis zu schaffen.

Die SP-Fraktion wird den Anträgen der SPK ohne grosse Begeisterung zustimmen. Wir sind immer noch überzeugt, dass die ursprünglichen Anträge der Vorlage, d.h. Aufstockung auf 100% und Einreihung als Ressortleitung II dieser Stelle und ihren Anforderungen besser entsprechen würden.

Die gleichzeitig verlangte Überprüfung der Besoldungseinreihung wird zeigen, welcher Lohnklasse die Koordinationsstelle zugeordnet werden muss."

**Iren Eichenberger (OeBS)**      Votum

"Die Worte von Thomas Hauser rufen nach einer Antwort. Ich meine, diese Stelle sei durchaus gerechtfertigt in der ursprünglich vorgesehenen Funktion Ressortleiter/in II. Wenn man sich vorstellt, dass diese Stelle die Aufgaben hat, Vorlagen zu schreiben, das Netz und die bestehenden pädagogischen Einrichtungen zu bearbeiten, wenn man sich vorstellt, dass diese Stelle eine Vorgesetztenstelle verschiedenster Institutionen ist, die mit mehreren MitarbeiterInnen arbeiten, welche angeleitet werden müssen. Das braucht echte Führungskompetenzen, pädagogische Kompetenzen. Das kann man nicht einfach so unter den Tisch wischen. Im übrigen ist es dieser Stelle auch immer wieder gelungen, Lösungen politisch möglich zu machen - eben durch geschickte Formulierungen, durch transparente Darstellung. Ich meine, das sei durchaus eine Leistung. Zum Vergleich möchte ich nur sagen, was man sich durchaus vorstellen könnte bezüglich der Bedeutung, der Rolle, die diese Stelle übernimmt: Wäre diese Stelle eine Stabstelle z.B. der kantonalen Wirtschaftsförderung, würde niemand an der Einstufung RessortleiterIn II zweifeln."

**Esther Bänziger (SP)**      Votum

"Ich kann alles unterschreiben, was meine Vorrednerin Iren Eichenberger gesagt hat. Ich möchte Sie an eine schlichte Tatsache erinnern. Diese Vorlage vom 20. Juni 2000 ist durch den Stadtrat bzw. auch durch den Personaldienst gegangen. Wenn diese Verantwortlichen finden, dass dies eine RessortleiterInnen-Stelle sei, und zwar in der BK 19 - 21, dann nehme ich doch sehr an, dass diese Leute wissen, wovon sie sprechen und worum es geht.

Thomas Hauser, ich habe das schon in der SPK gesagt, es geht doch nicht um unser Gutdünken, was genug oder nicht genug, was zu viel oder zu wenig ist. Der Vergleich, den Du gebracht hast, da würden die Verhältnisse nicht stimmen, den kannst Du bei vielen anderen Löhnen auch bringen. Stelle Dir den Unterschied vor in der Entlohnung zwischen einer Pflegeassistentin und einem Chefarzt.

Das ist überhaupt nicht zu diskutieren. Aber das sind doch einfach Tatsachen, und wenn diese Stelle als RessortleiterIn II eingereiht wird und der SR dies zusammen mit dem Personaldienst per Vorlage absegnet, dann verlasse ich mich darauf und nehme an, dass dies so ist. Dazu kommt, dass dies eine Stelle ist, mit der ich beruflich seit langem zu tun habe und weiss, dass diese Stelle richtig eingestuft worden wäre.

Es ist unglaublich dumm von uns, dass wir eine derart versierte Fachfrau ziehen lassen, die jahrelange Aufbauarbeit geleistet hat, die viel Know-how hat, die viele Beziehungen geschaffen hat, die mit den Industriebetrieben versucht hat, etwas aufzubauen usw. Das verschenken wir jetzt einfach; das ist sehr schade. Ich hoffe - das ist ein altes Anliegen von mir -, dass diese Arbeitsplatzbewertungen gemacht werden, damit man endlich einmal weiss, wie, was, wohin gehört."

**Roland Schöttle (FDP)**                      Votum

"Es liegt mir daran, dass eine Bemerkung bzw. eine Behauptung von Iren Eichenberger richtig gestellt wird. Die Wirtschaftsförderung hat überhaupt nichts zu tun bei der Salarierung der MitarbeiterInnen mit Einstufung irgendwelcher Klassen. Die Wirtschaftsförderung finanziert sich durch einen Pauschalbeitrag des Kantons, welcher der Firma Generis zur Verfügung gestellt wird. Diese Firma muss sich arrangieren mit dem zur Verfügung stehenden Geld sowohl bei Kaderfunktionen wie auch bei Subalternen. Das wäre total missverständlich und darf so nicht im Raum stehen bleiben."

**Bea Hauser (SP)**                              Votum

"Die Argumente von Roland Schöttle und von Thomas Hauser dünken mich, als ob der Grosse Stadtrat etwa 15 - 20 Jahre hinter den Entwicklung herhinken würde. Es wurde ganz klar gesagt, die Wirtschaftsförderung bringt Firmen mit sehr gut ausgebildeten MitarbeiterInnen nach Schaffhausen. Wir haben mittlerweile eine "International School". Wir haben das Problem, dass diese Leute nicht die Wohnungen und die Häuser kriegen, die sie haben möchten. Für Menschen aus den USA, aus England, Deutschland, Norwegen, Schweden und woher sie kommen, ist unser System der familienergänzenden Kinderbetreuung nicht einmal ein Skandal; sie finden dieses schlicht zum Lachen. Diese Leute verstehen es überhaupt nicht, wie das in der Schweiz funktioniert. Jetzt wurden im Grosse Rat gewisse Pflöcke eingeschlagen, wir könnten etwas tun. Aber was machen wir? Diese Kommission arbeitet dermassen rückgewandt, dass die Stellenleiterin kündigt, sie kann eine qualifizierte Arbeit nicht als Ressortleitung anerkennen. Ich muss sagen, in diesem Rat wird die Wirtschaftsförderung behindert, nicht gefördert."

**Susanne Günter (FDP)**                      Votum

"Ich möchte ausdeutschen, von welchen Salärgrössen wir in den BK 17 - 19 sprechen. Diese gehen von Fr. 71'600.-- bis Fr. 112'400.-- Jahresgehalt. Wir müssen einmal den Frankenbetrag aufnehmen und uns überlegen, welche qualifizierten ArbeitnehmerInnen ein solches Gehalt beziehen. Ich möchte sagen, dass ich die Entlohnung einer Sachbearbeiterin in der Koordinationsstelle für familienergänzende Kinderbetreuung für gerechtfertigt halte, wenn sie einen Jahreslohn von ca. 80'000 Franken nach Hause bringt.

Bei den Ressortleitungen I und II - Lohnklassen 19 - 21 bewegen wir uns zwischen Fr. 79'500.-- und Fr. 125'000.--."

**Esther Bänziger (SP)** insistiert. "Es geht darum, wie eine Stelle dotiert ist. Ich muss Ihnen ehrlich sagen: Ich finde auch, ich hätte Anspruch auf den gleichen Lohn wie eine Kantilehrerin oder ein Kantilehrer. Aber das ist nicht das Thema. Ich bin Primarlehrerin und bin so entsprechend eingestuft. Sie haben die Funktion X und sind entsprechend eingestuft; so läuft das bei uns. Wenn eine Stelle diese Verantwortung und diese Aufgabe hat mit einem entsprechenden Hintergrund, dann hat sie eben diese Besoldungsklasse verdient.

Wir haben von SR Hunziker gehört, dass die Stelle ausgeschrieben werden musste, weil wir mit der Kommissionsarbeit nicht vorwärts gemacht haben. Es wurde jemand eingestellt - sicher eine qualifizierte Person; alles ist o.k. Vielleicht hätte man jedoch eine Person finden können, welche noch qualifizierter gewesen wäre bzw. Frau Tschanen wäre uns erhalten geblieben, wenn wir der vorgesehenen Neueinstufung zugestimmt hätten.

Es geht nicht um Frankenbeträge, und ob wir die Entlohnung genügend oder ungenügend finden. Ich sage Ihnen auch nicht, bei wem ich den Eindruck habe, er oder sie verdiene zu viel!"

**Stadtrat Urs Hunziker**                      Stellungnahme des Stadtrates \*

"Der Titel der heute zur Diskussion stehenden Vorlage enthält eigentlich zwei Komponenten: Einerseits ist von einer Neueinstufung, andererseits von einer Stellenplananpassung die Rede.

Sie werden beim Studium der Anträge festgestellt haben, dass es sich tatsächlich lediglich um eine Stellenplananpassung handelt, dass aber von einer Neueinstufung - mindestens im Moment – abgesehen wurde.

Sie werden sich auch gefragt haben, ob eine Stellenplananpassung tatsächlich notwendig bzw. gerechtfertigt sei.

Lassen Sie mich Ihnen deshalb kurz schildern, welche Aufgaben die Koordinationsstelle „familienergänzende Kinderbetreuung“ im Jahre 1992, als die Stelle geschaffen wurde hatte, und welche neuen Tätigkeiten in der Zwischenzeit dazu kamen.

Die ursprüngliche mit 50 Stellenprozenten dotierte Stelle hatte aus damaliger Sicht drei zentrale Aufgaben:

1. Koordination, Information und Vernetzung des bestehenden Angebotes
2. Anlauf- und Kontaktstelle für private Träger und Initiativen
3. Ausbau des Angebotes

Dabei handelte es sich primär um eine Stabsstelle des Schul- und Heimreferenten, die als Motor für die Entwicklung in den beschriebenen Tätigkeitsgebieten wirken sollte.

Rasch einmal wurde deutlich, dass diese Fachstelle sinnvollerweise auch Geschäfts- und Personalführungsaufgaben wahrnehmen sollte. Aus diesem Grund wurden ihr 1994 die städtischen Betriebe im Bereich familienergänzender Kinderbetreuung unterstellt und damit ein Wechsel von der Stabs- zur Linienstelle mit Führungsfunktion vollzogen.

Im strategisch-operativen Bereich galt es damals, neben der Betreuung der bestehenden Betriebe, den Fortbestand der beiden Kinderhorte Rheinstrasse und Brüel zu sichern. Diese beiden Institutionen waren 1993 von den damaligen privaten Trägerschaften aufgegeben worden. Der Kinderhort Rheinstrasse – heute Rosengasse – verblieb bei der Stadt, während es gelang, für den Kinderhort Brüel wiederum eine private Trägerschaft zu finden.

1996 wurde als neuer Betrieb die Tagesschule Hohberg/Kreuzgut eröffnet. Mit der Eröffnung des Kooperationsprojektes „Kindertagesstätte Forsthaus 2000“ im Mai vergangenen Jahres sind der Koordinationsstelle Kinderbetreuung heute insgesamt fünf Betriebe mit 12 Mitarbeiterinnen direkt unterstellt.

Der Wandel von der Stabs- zur Linienstelle mit Führungsfunktionen hatte deutliche Auswirkungen auf das Arbeitsvolumen der Koordinatorin: das 1992 bewilligte Stellenvolumen von 50 Prozent wird heute durch Geschäfts- und Personalführungsaufgaben nahezu ausgefüllt. Die ursprünglichen Aufgaben (Koordination, Information, Vernetzung, Weiterentwicklung des Angebots etc.), welche für die Qualitätssicherung unerlässlich sind, müssen zusätzlich bewältigt werden.

Die bisherige Stelleninhaberin hat ihre Arbeitszeiten fein säuberlich dokumentiert. Ich habe mir nach meinem Amtsantritt einen Ueberblick über die Arbeitszeiten in den Jahren 1999 und 2000 verschafft. Ein Teil der geleisteten Ueberstunden konnte während den Schulferienzeiten kompensiert werden, ein weiterer Teil wurde der Stadt von der Stelleninhaberin geschenkt, ein letzter Teil schliesslich mittels Nachtragskrediten ausbezahlt.

Die Spezialkommission war mit mir der Meinung, dass ein Anheben des Pensums auf 80 Stellenprozente aufgrund der ausgewiesenen Arbeitszeiten gerechtfertigt sei – geplant war ursprünglich eine Anheben der Stellendotation auf 100 Prozente.

In der SPK folgten längere Diskussionen zur besoldungsmässigen Einreihung – der zweiten Komponente der Vorlage. Die als Sachbearbeiterin I in der Besoldungsklasse 17 – 19 eingereihte Stelle sollte zur Ressortleitung II (BK 19 –21) umgewandelt werden. So zumindest lautete der Antrag der ursprünglichen Vorlage.

Zwischenzeitlich hatte die Stelleninhaberin gekündigt; die Stelle musste – da die heute zur Diskussion stehende Vorlage noch hängig war – zu den alten Konditionen (50 %, Sachbearbeiterin I) ausgeschrieben werden. Die Stellenbesetzung gestaltete sich - vor allem aufgrund der mit 50 % knappen Dotation – recht schwierig. Schliesslich konnte jedoch eine qualifizierte Bewerberin gewonnen werden.

Einer neueren Philosophie des Personaldienstes folgend, wird die neue Stelleninhaberin vorerst zu einem vereinbarten Monatslohn angestellt und erst später eingereiht. Unter Berücksichtigung von Ausbildung und Erfahrung dürfte jedoch aus heutiger Sicht eine Einreihung als Sachbearbeiterin I in BK 17 –19 wie bis anhin gerechtfertigt sein.

Die SPK kam weiterhin zum Schluss, die Einreihung als Sachbearbeiterin sollte nicht zementiert werden und erteilte mit dem dritten Antrag dem Stadtrat den Auftrag, die

Besoldungseinreihung zu überprüfen und dem GrSR mit dem Voranschlag 2003 über allfällige Änderungen Bericht und Antrag zu unterbreiten.

Ich kann die von der SPK gestellten Anträge als zuständiger Referent uneingeschränkt unterstützen. Sie erlauben es, das Stellenpensum den tatsächlichen Aufgaben entsprechend zu dotieren.

Das Thema „familienergänzende Kinderbetreuung“ hat in jüngster Zeit über die Parteigrenzen hinweg zu Diskussionen Anlass gegeben. Neueste Studien – so etwa die viel zitierte, in Zürich erstellte Studie BASS – haben viel zur Akzeptanz der familienergänzenden Kinderbetreuung beigetragen.

Uebersdies hat der Bund erkleckliche Subventionen in Aussicht gestellt. Wir sollten uns bemühen, die Voraussetzungen zu schaffen, die notwendig sind, um den Anspruch auf diese Gelder auch für die Stadt Schaffhausen geltend zu machen. Dazu gehören – neben gesetzlichen Grundlagen, die auf kantonaler Ebene noch zu erstellen sind, auch die Sicherstellung der Koordination des bestehenden Angebotes und dessen Qualitätssicherung. Diese Bedingungen können wir mit dem geschilderten Ausbau der Stelle erfüllen.

Erlauben Sie mir noch einige Bemerkungen zum Votum von Frau Verena Stutz. Die lange Verweilzeit der Vorlage hat vermutlich leider zur Kündigung der Stelleninhaberin beigetragen. Es geht mir ebenso wie Frau Stutz. Ich bedaure den Weggang von Frau Tschanen ebenso, und benutze die Gelegenheit, ihr an dieser Stelle für die grosse, seriöse Arbeit, die sie geleistet hat, ganz herzlich zu danken. Ich habe mich während meiner kurzen Amtszeit davon überzeugen können, dass tatsächlich äusserst seriöse Arbeit geleistet wurde.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit."

Der **Ratspräsident** stellt fest, dass Eintreten auf die Vorlage unbestritten ist.

**EINTRETEN auf die Vorlage ist somit beschlossen.**

### **DETAILBERATUNG**

**Iren Eichenberger, 1. Vizepräsidentin** verliest die Seitenzahlen 1 - 8 der Vorlage.

zu Seite 6: Susanna Freivogel (SP) nimmt Bezug auf Punkt 1 der Leitgedanken.

"Gestatten Sie mir eine Anmerkung. Verena Stutz hat es schon erwähnt, es steht hier: *"Die Stadt Schaffhausen eröffnet keine eigenen Kindertagesstätten mehr (Konsolidierung im Vorschulbereich)."* Meiner Meinung nach ist zu diesem Punkt die politische Diskussion noch nicht ausreichend geführt. Wir lesen auf Seite 4 der Vorlage: *"Öffentliche Plätze in Kindertagesstätten bestehen nur für 4,4% der Kinder im Vorschulalter - und von den unter Zweijährigen kommen auf einen Krippenplatz 42 Kinder."* Wir haben heute vermehrt aus Voten gehört, dass auch die bürgerliche Seite die Notwendigkeit von ausreichenden Betreuungsangeboten für berufstätige Mütter sieht, und wir haben auch gehört, dass wir wissen, dass der Nationalrat für entsprechende Projekte Subventionen gesprochen hat. Ich meine, dass dies alles Gründe sind für ein stärkeres Engagement der Stadt im Vorschulbereich."

Es folgen keine weiteren Wortmeldungen.

### **ANTRÄGE** der Spezialkommission

Iren Eichenberger, 1. Vizepräsidentin verliest die Anträge.

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht und Antrag des Stadtrates vom 20. Juni 2000 betreffend die Entwicklung der Koordinationsstelle für familienergänzende Kinderbetreuung und deren Neueinstufung und Stellenplananpassung.

Kein Gegenantrag - so beschlossen.

2. Der Grosse Stadtrat bewilligt folgende Änderung im Stellenplan:

Schulreferat  
Koordinationsstelle für familienergänzende Kinderbetreuung

**Neu: Sachbearbeiter/in I BK 17-19 80%**

Kein Gegenantrag - so beschlossen.

3. **Der Stadtrat wird beauftragt, die Besoldungseinreihung im Bereich Koordinationsstelle der Abteilung Familienergänzende Kinderbetreuung zu überprüfen. Über allfällige Änderungen sind dem Grossen Stadtrat mit dem Voranschlag 2003 Bericht und Antrag zu unterbreiten.**

Kein Gegenantrag - so beschlossen.

4. Die Änderungen im Stellenplan treten per **1. Juni 2001** in Kraft.

Kein Gegenantrag - so beschlossen.

### **SCHLUSSABSTIMMUNG**

Der Grosse Stadtrat stimmt der Vorlage des SR mit **43 : 0 Stimmen** zu und heisst die Anträge der SPK gut.

Das Geschäft ist erledigt.

### **Traktandum 3 MOTION von Thomas Neukomm (SP) Sanierung städtischer Kindergärten**

---

**Thomas Neukomm (SP)** Begründung:

"Dass die Stadt sich in den letzten "mageren" Jahren schwer tat, in ihre Liegenschaften angemessen zu investieren, ist nichts Neues. Ich erinnere mich an die letzte Budgetdebatte, an der das Parlament gegen den Willen des Stadtrates beschloss, zur Sanierung der maroden Buchthaler Turnhalle, kurzfristig Geld frei zu machen.

Ich erinnere Sie an die sträfliche Vernachlässigung des Stadions Breite und der daraus notwendig gewordenen unbefriedigenden Übergangslösung. Mit der Interpellation Andres Bächtold "Verlotterte Gebäude sind auch Schulden" werden wir an einer kommenden Ratssitzung die Gelegenheit haben, uns allgemein dem Thema Unterhalt von städtischen Liegenschaften zu widmen.

Diese Motion beschränkt sich auf den baulichen Zustand der städtischen Kindergärten. Gut informierte Bürger, und dazu zähle ich jene, die auch die az lesen, wissen bereits ausführlich Bescheid über die Beweggründe, die zur Einreichung dieser Motion führten.

In den Schaffhauser Nachrichten wurde am Samstag vor zwei Wochen von Betroffenen ein Leserbrief zum Thema Kindergarten Munothalde publiziert. Ich werde mich daher mit meiner Begründung kurz halten. Durch die Ankündigung einer Steuersenkung muss sich - nach Meinung der Motionäre und der jahrelang vertrösteten Eltern und Kindergärtnerinnen - unser Stadtrat heute die Frage gefallen lassen, wieso die Sanierung der Munothalde und der längst fällige Ersatz der 30jährigen Kindergartenprovisorien Eschengut, Kessel, Neubrunn, Spiegelgut und St. Peter erneut aus dem Investitionsprogramm gestrichen wurden und dies, obwohl die dringende Notwendigkeit dieser baulichen Massnahmen von niemandem ernsthaft bestritten werden kann!

Bereits 1994 erarbeitete das Hochbauamt einen Sanierungsplan, der aber jahrelang den Sparrunden des Stadtrates zum Opfer gefallen ist. Es macht wütend und beinahe sprachlos, wenn jetzt zugunsten einer für den Normalbürger kaum spürbaren Steuersenkung die nötigen Investitionen erneut geopfert werden sollen. Man könnte versucht sein, den Grund für die mangelnde Wertschätzung kleiner Kinder in der Kinderlosigkeit der Mehrheit der Stadtratsmitglieder zu suchen. So leicht wollen wir es uns aber nicht machen. Es ist leider ein gesellschaftliches Phänomen: Je jünger die Zielgruppe, desto kleiner deren Lobby und desto geringer deren Gewicht. Unsere Leistungsgesellschaft verkennt offenbar, was jedem Gärtner bekannt ist, dass nur gehegte Sprosse zu kräftigen Pflanzen heranwachsen können. In einer zunehmend kinderfeindlichen Umwelt werden gute Rückzugsmöglichkeiten für die Kleinsten immer wertvoller. Gleichzeitig erhöhen sich die Ansprüche an einen zeitgemässen Unterricht.

Nachdem Bildungsreformer Buschor im Kanton Zürich mit der Einführung einer Basisstufe vorderhand aufgelaufen ist, wird eine solche realistischerweise auch in Schaffhausen in den nächsten 10 Jahren bestimmt nicht aktuell. Aber auch wenn diese aktuell würde: Mit ihr würden zusätzliche räumliche und funktionelle Anforderungen an die Kindergärten gestellt, die kaum ohne bauliche Anpassungen seriös erfüllt werden könnten.

Neben den grossen Gruppenräumen benötigt man schon heute für die verschiedensten Stützmassnahmen entsprechende Nebenräume. Es erstaunt daher nicht, dass der empfohlene Raumbedarf für eine Kindergartenklasse höher liegt, als der für eine Schulklasse.

Nicht erklären lassen sich diesbezüglich die Beträge im Investitionsprogramm des Stadtrates. Nur im Jahr 2002 und 2003 sind je 500'000 Franken für den Ersatz von Kindergärten vorgesehen. Um diese Beträge besser beurteilen zu können, sind die Erstellungskosten neuerer Kindergärten aufschlussreich:

Der Doppelkindergarten Kreuzgutweg kostete 1988 Fr. 700'000.--, der Einfachkindergarten Geissberg 1992 Fr. 637'000.-- und der Einfachkindergarten in Neunkirch ohne Umgebungsarbeiten 1991 550'000 Franken.

Nach Schätzung des städtischen Hochbauamtes werden sich die Kosten für einen Doppelkindergarten auf etwa eine Million Franken belaufen.

Somit stellen sich bei den "Beruhigungsmümpfeli"-Beträgen im Investitions-Programm folgende Fragen: Sollte mit der Aufteilung in zwei Tranchen ein einziger Doppelkindergarten, unter Umgehung des Volkes, bis 2005 gebaut werden oder bestand gar die Dreistigkeit, für etwa die Hälfte des üblichen Betrages zwei Billigcontainer für die anspruchlosen Kinder hinzustellen?

Wir Parlamentarier und Parlamentarierinnen sollten heute diesem jahrelangen Kleinkrämertum des Stadtrates auf dem Buckel der Kinder und der Kindergärtnerinnen ein Ende setzen. Wir würden damit auch dem enormen Einsatz der Kindergärtnerinnen gerecht, die bisher aus den zum Teil absolut unzureichenden und blamablen Verhältnissen das Beste zum Wohl der Kinder herauszuholen verstanden.

Mit dieser Motion soll der Stadtrat in Pflicht genommen werden, insbesondere den Ersatz der Ruplibauten und mindestens die Sanierung, aber wahrscheinlich besser den Ersatz des Munothalde-Kindergartens schnellstens an die Hand zu nehmen. Für die Neubauten sollten zum Wohl der Kinder und der Stadt, nach pädagogischen und architektonischen Kriterien, wertvolle Lösungen gesucht werden. Ich möchte noch einmal unterstreichen, dass neue Peinlichkeiten und Billigprovisorien nicht das Ziel sein dürfen.

In der Hoffnung, dass eine Mehrheit des Grossen Stadtrates dieser Absicht zustimmen kann, danke ich Ihnen bestens für Ihre Aufmerksamkeit."

**Stadtrat Kurt Schönberger** Antwort des Stadtrates \*

"Nach diesen doch etwas harschen und rauhen Tönen des Motionärs möchte ich zurückkehren zu weniger emotionalen Ausführungen und mich auf bauliche Aspekte beschränken.

Zwei Feststellungen stellt der Motionär an den Anfang seines Vorstosses:

Zum einen weist er auf den „baulich miserablen Zustand zahlreicher Kindergärten“ hin, zum anderen spricht er nicht nur von „einer Beeinträchtigung des Unterrichtes dadurch“, sondern auch davon, dass „diese Zustände unterdessen auch zu einer gesundheitlichen Gefährdung der betroffenen Kinder führt“.

Diese Beurteilung der Situation ist aus Sicht des SR nur zum Teil zutreffend. Dass es mit dem baulichen Zustand verschiedener städtischer Kindergärten und hier im Besonderen mit jenem der sog. Rupli-Bauten nicht mehr zum Besten bestellt ist, trifft zweifelsohne zu. Dies hängt damit zusammen, dass deren Lebensdauer, die mit zwischen 10 bis 15 Jahren angegeben wird, längst abgelaufen ist, diese Bauten also zwangsläufig nicht mehr der heutigen Zeit entsprechen und auch nicht mehr in allen Teilen kindsgerecht sind bzw. sein können.

Die erwähnten Rupli-Bauten stammen aus den späten 60iger bzw. frühen 70iger Jahren, haben ihre Aufgabe rein vom Alter her also längst erfüllt.

Nicht zutreffend ist die zweite Feststellung des Motionärs, nämlich jene der gesundheitlichen Gefährdung der betroffenen Kinder. Zwar trifft es zu, dass beim Bau der Rupli-Bauten asbesthaltiges Material verwendet worden ist; nicht richtig ist indessen, dass daraus zwangsläufig auch eine gesundheitliche Gefährdung entstehen muss. Richtig und wichtig zu wissen ist in diesem Zusammenhang nämlich, dass nur der Staub von asbesthaltigem Material gesundheitsgefährdend sein kann, und zwar Staub, der bei der Behandlung des fraglichen Materials entsteht. Nur alleine von der Existenz von asbesthaltigem Material auf eine gesundheitliche Gefährdung schliessen zu wollen, ist also sicher nicht richtig und wäre verhängnisvoll. Diese Feststellung scheint dem SR insofern sehr wichtig zu sein, als damit bei Eltern und Kindergärtnerinnen nicht unnötigerweise Unsicherheiten bzw. Ängste entstehen. Oder mit anderen Worten und ganz klar: eine gesundheitliche Gefährdung durch die Rupli-Bauten besteht nicht und hat zu keinem Zeitpunkt bestanden.

Mit einer weiteren Feststellung hat der Motionär recht: Die von ihm angesprochenen Kindergärten hätten schon lange alle ersetzt werden müssen. Deren baulicher Zustand ist mittlerweile in der Tat derart schlecht, dass es nur mit allergrösster Mühe und nur mit grossem Einfallsreichtum der Kindergärtnerinnen möglich ist, darin überhaupt noch zu arbeiten. Diese Umstände waren bzw. sind den zuständigen Personen sowohl des Schul- als auch des Baureferates seit langem bekannt. Aus diesem Grunde ist denn auch bereits vor einigen Jahren und seither immer wieder auf diesen unbefriedigenden Zustand hingewiesen und sind in Investitions-Programmen und sogar Budgets entsprechende Beiträge eingestellt worden. Leider sind diese in der Folge während der Detailberatungen wieder gestrichen worden. Dass dies nicht leichtfertig geschah und das Thema damit nicht für immer und ewig aus Abschied und Traktanden gefallen ist, darauf legt der SR hier grossen Wert. Ausschlaggebend dafür waren jeweils finanzielle Überlegungen. Unter Zustimmung und im Einverständnis der zuständigen Referenten wurden die finanzpolitischen Prioritäten anders gesetzt, im Wissen darum, dass nicht alle Begehrlichkeiten abgedeckt und erfüllt werden können. Der SR als politische Behörde hat dafür die Verantwortung übernommen und dies auch entsprechend kommuniziert. Den involvierten verwaltungsinternen Stellen von Schul- und Baureferat jedenfalls kann dafür kein Vorwurf gemacht werden. Diese haben, wie bereits erwähnt, immer wieder auf den unbefriedigenden baulichen Zustand hingewiesen und verschiedene Anläufe genommen, hier Abhilfe zu schaffen – leider vergebens. Soweit die Situation im Rückspiegel.

Wie soll es nun weitergehen?

Dass der SR sich der Situation dieser Zustände durchaus bewusst ist und er seine Aufgabe auch in diesem Bereich wahrnimmt, hat er bewiesen, indem er kürzlich einen Augenschein vor Ort vorgenommen und sich über den baulichen Zustand gerade der Rupli-Bauten ein Bild gemacht hat. Dabei wurde auch ihm unmissverständlich klar, dass dringender Handlungsbedarf besteht und raschmöglichst für Abhilfe gesorgt werden muss. Er hat denn auch entsprechende interne Aufträge erteilt und sich auch anlässlich der kürzlichen Klausurtagung in Gottlieben zu diesem Thema ausgesprochen.

Das weitere Vorgehen ist wie folgt in die Wege geleitet worden:

- Bericht und Antrag von Bau- und Schulreferat an den SR betr. weiteres Vorgehen und
- Grundsatzentscheid des SR zwecks Schnüren eines Gesamt-Renovationspakets für die Rupli-Bauten
- Anpassen des Investitionsprogrammes bzw. Vornahme einer anderen Priorisierung und schliesslich
- Ausarbeiten einer Gesamtvorlage zuhanden SR/GrSR und anschliessend
- Vorbereitung der entsprechenden Volksabstimmung.

Das Ziel liegt darin, jedes Jahr einen der fünf Rupli-Bauten zu ersetzen. Im Gegensatz dazu und im Sinne der Transparenz und der Offenlegung der dabei entstehenden Kosten, soll ein Gesamtpaket geschnürt werden.

Abgeleitet aus diesem Vorgehen und vorausgesetzt, dass alles optimal läuft, kann davon ausgegangen werden, dass der erste neue Kindergarten auf die Sommerferien 2003 in Betrieb genommen werden kann. Die Reihenfolge des Ersatzes soll vom Schulreferat in Zusammenarbeit mit dem Baureferat bestimmt werden.

Was die vom Motionär ebenfalls angesprochenen Kindergärten an der Munothalde anbelangt, sind uns auch diese Problempunkte bekannt. Von Seiten des Hochbauamtes ist denn auch im Budget 01 ein entsprechender Kredit eingestellt worden. Leider ist auch dieser, und auch hier im Einverständnis mit dem zuständigen Referenten, letztlich dem Rotstift zum Opfer gefallen, bzw. ist die Sanierung um ein Jahr zurückgestellt worden. Der Stadtrat hat aber dem Hochbauamt den Auftrag gegeben, sich Gedanken über eine allfällige Verlegung dieser Kindergärten an einen anderen Standort zu machen. Für den Fall, dass sich dafür keine befriedigende neue Lösung ergibt, wird im Budget 2002 ein Kredit von rund 90'000 Franken aufgenommen, damit diese 3 Kindergärten aus bauphysikalischen Gründen mechanisch be- und entlüftet werden können.

Gestatten Sie mir, meine Damen und Herren, zum Schluss noch eine Bemerkung: Es hat nun fast ein wenig den Anschein gemacht, alle Kindergärten in unserer Stadt seien in einem miserablen baulichen Zustand, man hätte seit Jahren seine Unterhaltungspflicht nicht wahrgenommen. Dem ist beileibe aber nicht so. Jahr für Jahr werden nämlich ins ordentliche Budget unter Pos. 2000.314.30 Beträge von rund 80'000 Franken für den Unterhalt von Gebäuden und unter Pos. 2000.314.33 Beträge in der Grössenordnung von zwischen 80'000 bis 120'000 Franken für Standardanpassungen in Kindergärten aufgenommen, sodass mit Fug und Recht behauptet werden kann, dass der bauliche Zustand – mit Ausnahme der besprochenen Rupli-Bauten – durchaus gut ist, auch wenn vielleicht nicht immer alle Begehrlichkeiten erfüllt werden können. Dazu kommt, dass die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel haushälterisch eingesetzt werden müssen, will heissen, die finanziellen Mittel bestimmen die Prioritätenfestlegung auch bei den Schulhausbauten.

Im Sinne dieser Ausführungen, und weil es mehr als unüblich ist, mit einem Motionstext den SR auf einen fixen Termin zu verpflichten, und dies auch mit der Geschäftsordnung des Grossen Stadtrates nicht in Einklang gebracht werden kann, beantragt Ihnen der SR, die Motion in eine Interpellation umzuwandeln."

**Iren Eichenberger (OeBS)** Fraktionserklärung OeBS/EVP/GB \*

"Ich habe immer die männliche Seite vernachlässigt; das tut mir sehr leid. Meine Fraktionskollegen haben mich darauf aufmerksam gemacht, es sei sehr unhöflich, wenn ich immer nur die RatskollegInnen anspreche. Aber die waren eben mit einem grossen I geschrieben. Das kann ich zu meiner Rechtfertigung sagen, aber ich will mich bessern.

Die Sanierung von Kindergärten war im letzten Herbst auch Thema in der GPK und zwar noch vor der Wende, genau gesagt am 15. Nov. 2000.

Schaffhausen war damals (noch) eine arme Stadt mit hoher Verschuldung, rückläufigen Steuer-Einnahmen und schlechten Finanzperspektiven. Unter diesen Prämissen wurden die vom Hochbauamt budgetierten Beträge für Neubau und Sanierung von Kindergärten vom Stadtrat einmal mehr aus dem Budget gekippt, obschon der Stadtschulrat seit 1994 dringenden Handlungsbedarf bei den Rupli-Bauten und an der Munothalde angemeldet hat.

Nun aber geschah - wie wir vernommen haben - im Frühjahr 2001 die grosse Wende. Die Stadt hat offenbar ihr Geldproblem gelöst und so hohe Steuereinnahmen, dass sie den Steuerfuss um 3%-Punkte senken will. Für uns dagegen ist klar, dass der Stadtrat zuerst seine dringenden Aufgaben erledigen muss, bevor er auf Steuereinnahmen verzichten kann. Die Kindergärten stehen dabei an erster Stelle.

In der GPK hatte der Baureferent bezüglich Kindergärten auf das Investitionsprogramm verwiesen, wo für 2002 und 2003 je eine halbe Mio Franken geplant sind, was zusammen genau für einen Doppelkindergarten reicht. Bekanntlich sind aber deren 5 zu ersetzen. Die vom Stadtrat angestrebte Unterbringung in Privathäusern scheidet allein schon an deren Strukturen, mit zu geringen Raumgrössen und Einrichtungen, die nicht für 20 Kleinkinder ausgelegt sind. Das war auch der Grund, weshalb die Stadt solche Mietverhältnisse in den letzten Jahren systematisch auflöste. Und nun will sie wider besseres Wissen im Zickzack-Kurs genau auf diesen Weg zurück!

Wir meinen, jetzt sei rasches Handeln angesagt. Darum unterstützen wir voll und ganz die Forderung der MotionärInnen nach einer umfassenden und vor allem verbindlichen Planung.

Die Stadt soll einfache, kurzfristig realisierbare Lösungen anstreben. Wir denken an vorfabrizierte Modelle, die im Elementbau erstellt werden können. Mit jährlich einer Million Franken könnten so die Rupli-Bauten innert 5 Jahren ersetzt werden. Dass der SR hierzu Bereitschaft signalisiert, freut uns enorm. In einer nächsten Etappe könnte man anschliessend das Problem Munothalde angehen.

Mit der Sanierung von Kindergärten bemüht sich die Stadt im übrigen im ureigensten Interesse.

Die vielgepriesene Zielgruppe *jung, steuerzahlend, erwerbstätig, sesshaft, mit steigendem Einkommen* will nämlich nicht nur eine englische Schule für ihre Kinder, sondern ebenso genügend Kindergärten mit sicheren Schulwegen und - wie ich jetzt soeben noch vernommen habe - hoffentlich auch mit sicheren Decken. Es gibt nämlich Kindergärten, wo der Deckenbelag irgend einmal herunter fällt. Das ist im Kindergarten, den die Tochter von Ratspräsident Peter Neukomm besucht, passiert. Von den Betreuungsplätzen haben wir ja auch gesprochen. Das ist ein weiteres Element, das hier selbstverständlich dazu gehört.

Vor allem darf man nie vergessen, dass dem Kindergarten eine grundlegende Bedeutung für die spätere Entwicklung eines Menschen in Schule, Beruf und Gesellschaft zukommt. Für fremdsprachige Kinder ist er eine Chance zur Integration, für die vielen intellektuell geförderten, aber sozial verkümmerten Kinder ein wichtiger Beitrag zum sozialen Lernen.

Wer mit diesen Überlegungen den Kindergarten ernst nimmt, sagt konsequenterweise Ja zur Forderung der MotionärInnen.

Die OeBS/EVP/GB-Fraktion ist - erst recht nach der Wende - konsequent und unterstützt die Motion."

#### **Erwin Sutter (EDU)**

Fraktionserklärung SVP/EDU u. FDP/CVP \*

"Das Anliegen der Sanierung der städtischen Kindergärten ist unbestritten. Bereits in der Budgetdebatte Ende letzten Jahres wurde dieser Punkt diskutiert, nachdem nicht zum ersten Mal auf die prekäre Situation bei einigen Kindergärten hingewiesen wurde. Während der Budgetdebatte wurde die Bereitschaft zur unverzüglichen Sanierung der Kindergärten von allen Seiten klar signalisiert. Es wurde aber bereits damals vom Baureferenten darauf hingewiesen, dass eine Sanierung allein nicht genügt, sondern dass vier oder fünf Kindergärten ersetzt werden müssen. Im Investitionsprogramm 2002/2003 sind dazu Beträge von insgesamt 1 Mio für Kindergärten vorgesehen.

Da es sich um mehrere Objekte handelt, ist es sinnvoll und auch richtig, die Vorhaben in ein Gesamtpaket zusammenzufassen und wegen der finanziellen Grösse vors Volk zu bringen. Die dazu notwendigen Vorarbeiten müssen seriös abgewickelt werden, denn schliesslich wollen wir am Ende kein Flickwerk und auch keine finanziellen Überraschungen. Diese eine Million Franken gemäss Investitionsplan werden m. E. kaum reichen.

Der Motionär setzt in Anbetracht der Grösse der Bauvorhaben für Bericht und Antrag bis Ende August aber einen viel zu engen Termin. Solche Termine sind zudem für Motionen unüblich, denn gemäss Geschäftsordnung kann sich der Stadtrat für Bericht und Antrag bis zu drei Jahren Zeit nehmen.

Trotzdem verlangt auch die bürgerliche Seite vom Stadtrat, dass die Behebung der unhaltbaren Zustände in einem Teil der städtischen Kindergärten ohne Verzug vorangetrieben wird, so dass unter Vorbehalt der Zustimmung durch das Volk die Arbeiten spätestens ab 2003 in Angriff genommen werden können.

Als Übergangslösung bei besonders prekären Verhältnissen würde sich auch das Mieten von geeigneten Räumen anbieten.

Die Fraktionen FDP/CVP und SVP/EDU sehen eine Motion unter diesen Voraussetzungen als das falsche Instrument, um die Sache zu beschleunigen, da der Stadtrat die Sanierung vorgesehen hat und die Planung im Gange ist.

Wir legen dem Motionär nahe, seinen Vorstoss in eine Interpellation umzuwandeln."

**Verena Stutz (SP)**            Votum

"Ich weiss jetzt gar nicht, ob ich aus der Schule plaudern darf, oder ob das auch wieder eine Verfilzung ist, die nicht gefragt ist. Ich muss SR Schönberger zustimmen, dass es tatsächlich schöne Kindergärten in unserer Stadt gibt. Aber ich muss ihm auch widersprechen, denn die Gesundheit der Kinder ist nicht nur durch den Asbest gefährdet, sondern auch durch andere Umstände, welche man ebenfalls als gesundheitsgefährdend bezeichnen kann. Ich erlaube mir, aus einem Schreiben des Stadtschulrates an den Stadtpräsidenten zu zitieren: *"Die Zustände in diesen Kindergärten sind völlig unhaltbar. In zwei Kindergärten brach der Boden durch, eine Gipsdecke löste sich und fiel herunter, die Fenster sind undicht und verzogen, die Fussböden eiskalt, so dass die Kinder im Winter nicht auf dem Boden spielen können. Die Garderobe ist kalt - dort wird Znüni gegessen -, die WC-Anlagen entsprechen nicht gängigen Ansprüchen - es gibt kein warmes Wasser. Ein separater Raum für den Deutsch-Unterricht oder die Heilpädagoginnen - was auch wichtig wäre - steht schon gar nicht zur Verfügung. Auch der Stadtschulrat wäre sehr froh, wenn es schnell gehen würde mit den entsprechenden Sanierungen."*

**Alfons Cadario (EVP)** möchte die Sache mit dem Asbest nicht dramatisieren, aber sie auch nicht als unproblematisch ansehen. "Haben Sie Messungen gemacht und haben Sie festgestellt, wieviele Staubpartikel in der Luft sind?" Der Votant weist darauf hin, dass er in der Firma, wo er früher gearbeitet hat, einige Mitarbeiter verloren hat, welche 20 oder 30 Jahre später, nachdem sie nicht mehr im Werk gearbeitet haben, an den Spätfolgen gestorben sind.

**SR Urs Hunziker:** "Erlauben Sie mir ein paar Worte zu den bisher gefallenen Voten. Zuerst zum Motionär: Wir denken nicht daran, die bestehenden Rupli-Bauten durch Billig-Provisorien zu ersetzen. Geplant ist - daher auch der hohe Betrag von einer Mio Franken pro Kindergarten - ein Bau, der auch den Ansprüchen an eine allfällige zukünftige Basisstufe zu genügen vermöchte.

Zum Votum von Iren Eichenberger: Iren Eichenberger hat genau das ausgedrückt, was der Stadtrat eigentlich vorhat. Die 5 Rupli-Bauten sollen im Jahresrhythmus ersetzt werden. Womit ich Probleme hatte - ich habe mich mittlerweile eines Besseren belehren lassen -, ist die Bauzeit bzw. die Vorlaufzeit, die benötigt wird, um diese Kindergärten zu planen und dann auch eine Volksabstimmung ins Land zu führen. Ich habe mir erhofft, dass der erste dieser Kindergärten im kommenden Jahr, also 2002 ersetzt werden könnte. Ich musste mich aber davon überzeugen lassen, dass aus baulicher Sicht eine Vorlaufzeit von 24 - 27 Monaten erforderlich ist, wenn wir eben diese Serie von 5 Kindergärten planen und vor eine Volksabstimmung bringen. Ich werde mich aber dafür einsetzen, dass es nicht mehr zu weiteren Verzögerungen in dieser Angelegenheit kommt."

**Stadtpräs. M. Wenger:** "Ich habe nicht die Absicht, dem Motionär Beruhigungsmümpfeli zu verpacken, wie er das so schön formuliert hat. Ich möchte aber doch zu zwei Behauptungen Stellung nehmen, die den Stadtrat aus meiner Sicht etwas gar in einem üblen Licht erscheinen lassen.

Es wird von Kleinkrämerei des Stadtrates gesprochen und von der Missachtung der Anliegen der Kinder durch den Stadtrat. Das sind Töne, die Sie in diesem Raum auch ein wenig vor einem Hintergrund auch hören müssen, wo Sie mit dabei waren, sehr geehrter Herr Motionär. Ich darf Sie daran erinnern und bitte Sie auch, dann die Kräfte zu bündeln - wenn der Stadtrat schon investieren will -, dass Sie ihm auch die Grundlagen schaffen, dass er investieren kann. Zum Beispiel könnten Sie das tun, indem Sie dem Verkauf von entbehrlichen Baurechtsliegenschaften endlich einmal zustimmen würden. Das würde 2,5 Mio Franken bringen, und wir wären dann wieder investitionsfähig. Oder wenn Sie endlich einmal für kostendeckende Kehrrechtgebühren in diesem Raum sorgen würden; das kostet uns jährlich 3 Mio Franken. Das geht uns auch irgendwie ab an der Investitionsrechnung. Und wenn Sie dann am Schluss noch die Initiative des Stadtrates für die WOV-Einführung unterstützen, dann bringen Sie den SR in eine Position, wo er vielleicht selber auch ein bisschen mehr Zeit hat, sich mit seiner eigenen Fortpflanzung zu befassen, um sich nicht dem Vorwurf auszusetzen, er sei selber nicht mit den Anliegen der Kinder vertraut, weil er keine habe. Der Stadtrat - so wie er heute mit Arbeit belastet ist - wäre wirklich mit einer wahnsinnigen Kraft gesegnet, wenn er sich auch noch für die Fortpflanzung seiner eigenen Nachkommen einsetzen müsste. Ich bitte Sie, dies als lockeren Beitrag zu sehen, aber ich muss Ihnen sagen, dass der GrSR immer dabei war, als wir diese Budgets besprochen haben. Ihm war es bewusst, dass wir hier auf einem kritischen Weg sind. Wie kritisch dieser Weg ist, haben wir heute gehört. Wir sind entschlossen, das zu beheben. Helfen Sie uns, indem Sie dann die entsprechenden Berichte und Anträge des SR befürworten."

**Bea Hauser (SP)**

Votum

"Ich bin froh, dass der Stadtpräsident am Schluss noch einen Witz gemacht hat, sonst hätte ich das Taschentuch genommen und zu weinen begonnen. Der arme Stadtrat musste sich wieder ein paar harte Worte anhören. Darum geht es doch nicht. Der Punkt ist doch der, Herr Baureferent: Seit Jahren weiss der Stadtrat, in welchem Zustand sich diese Rupli-Bauten befinden, was im Kindergarten Munothalde los ist. Da möchte ich Kollege Cadario unterstützen, Ihre Bemerkungen betreffend Asbest waren fahrlässig. Warum haben viele grosse und kleine Firmen in den Achtzigerjahren die Aussenhüllen ihrer Bauten vom Asbest befreit? Weil Leute gestorben sind. Dies hat mit Spätschäden zu tun. Wir reden da von den Kleinsten, die da herum springen und Staub verursachen.

Was auch nicht zulässig ist, ist bezüglich des Vorstosses unserer Fraktion von Begehrlichkeiten zu reden. Wir reden hier nicht von Begehrlichkeiten, Herr Stadtpräsident. Weil eine Fraktion nach ihrer Meinung ein bisschen begehrlisch ist, soll sie dafür sorgen, dass das notwendige Investitionskapital da ist. Für das notwendige Investitionskapital haben Sie zu sorgen. Wir sagen Ja oder Nein. Das ist so, das wissen Sie ganz genau.

Was ich nicht ganz begreife - da kann ich das Votum von Iren Eichenberger unterstützen - ist der Wechsel von der armen Stadt Schaffhausen, total verschuldet, zur tollen, funktionierenden, guten Stadt, die Steuersenkungen anpreisen kann - nachher aber wieder stöhnt, weil wir kein Investitionskapital haben. Da geht eine Rechnung nicht auf.

Bezüglich des Hinweises, dass in einer Motion keine Frist gesetzt werden soll, ist zu sagen, dass dies zwar unüblich, aber nicht verboten ist. Der SR hat drei Jahre Zeit.

Wenn der Motionär bezüglich Frist noch etwas entgegen kommt, ergibt sich hier noch eine Möglichkeit für einen Kompromiss.

Ich teile Ihnen jetzt schon mit, dass ich bei den Anträgen die Abstimmung unter Namensaufruf beantragen werde."

**Urs Tanner (SP)**

Votum

"Ich möchte mich weder zu WOV noch zu den Sackgebühren äussern, sondern zur Motion Neukomm. Wir haben vor zwei Wochen an dieser Stelle erfahren, dass Benken unbedenklich ist. Heute erfahren wir vom selben Stadtrat, dass Asbest-Kindergärten "unasbestlich", auf neudeutsch ungefährlich sind. Entscheiden Sie doch bitte selber, welche Argumente stichhaltiger sind, jene des Stadtrates oder jene des Motionärs Thomas Neukomm, von Iren Eichenberger oder vom Kollegen in der Mitte.

Bezüglich der Frist - § 54 der Geschäftsordnung des GrSR - haben Sie recht. Da möchte ich dem Motionär empfehlen, dies zu streichen, das ist in der Kompetenz des SR. An dieser müsste die Überweisung der Motion nicht scheitern."

**Edgar Zehnder (SVP)** nimmt Bezug auf die verschiedenen Aussagen bezüglich der Gefährlichkeit von Asbest. Asbest werde dann gefährlich, wenn er bearbeitet wird - Staubentwicklung - und zwar für Kinder und Erwachsene. Wenn die Asbestplatten vor Ort nicht bearbeitet werden, sondern die Platten bei Ersatz oder Neubau der Kindergärten kompakt abgetragen werden, so seien sie für den Menschen absolut ungefährlich. Es gebe für diese Einschätzung genügend Studien von Baufachleuten Physikern.

**Roland Schöttle (FDP)** unterstützt das Votum von E. Zehnder. "Diese Asbeststoffe an diesen Bauten waren vor allem gefährlich bei der Bearbeitung durch die ausführenden Handwerker, weil damals die Gefährlichkeit eben noch nicht bekannt war. Diese Leute sind am meisten gefährdet gewesen und es werden wieder jene Handwerker sein, welche diese Asbestverkleidung abrechen müssen. Heute werden mit Akribie Massnahmen getroffen, um diese Leute zu schützen. Ich empfehle auch, nicht in Panik zu machen, und möglichst nichts anzurühren, bis diese Stoffe entsorgt werden können.

Ein zweiter Punkt ist für mich bezeichnend. Wir hatten vor ca. einem halben Jahr hier im Rat eine Debatte über eine ständige Bau-Fachkommission, welche als Vorschlag im Raum stand, um z.B. die Koordination von Finanzmitteln für die Budgets und Finanzpläne usw. über die Parteien hinweg anzupeilen. Es war das Beispiel der Kindergärten - der Rupli-Bauten -, welches Stadtbaumeister Witzig damals eingebracht hat und wo dieser gesagt, das würde uns dienen, wenn wir mit einem solchen Instrument genau diese Sache über die Parteien hinweg ausserparlamentarisch koordinieren und durchsetzen könnten. Leider wurde das nicht gemacht.

Was mich an dieser Motion stört und weshalb ich ihr in dieser Form keinesfalls zustimmen werde - auch unter Namensaufruf nicht -, ist, dass GrSR Thomas Neukomm als Fachmann einen Bericht zu einer umfassenden Sanierung mit konkreten Aussagen über den Investitionsbedarf verlangt; dies über die Sommerferienzeit bis Ende August, also in 8 Wochen. Das ist seriös technisch überhaupt nicht möglich. Das kann so nicht umgesetzt werden.

Eine Motion macht auf diese Art keinen Sinn. Aufgrund der Aussage, die der Baureferent gemacht hat, dass die Sanierung geplant sei, empfehle ich Ihnen dringend, einer Umwandlung dieser Motion in eine Interpellation zuzustimmen."

**Bernhard Egli (OeBS)** nimmt ebenfalls Bezug auf die vorangegangenen Voten bezüglich Asbest. Er attestiert den Baufachleuten die Richtigkeit ihrer Aussagen. "Aber wir haben hier ein zusätzliches Problem. Wenn sich der Asbest zu zersetzen beginnt, werden Staubpartikel freigesetzt. Diese sind krebserzeugend. Dieser Aspekt ist zu berücksichtigen, wenn Bauten derart auffällig werden, dass sich der Asbest zu zersetzen beginnt, wenn die Platten beginnen, herunter zu fallen, dann wird es gefährlich. Das muss abgeklärt werden."

**Stadtrat K. Schönberger:** "Es macht jetzt fast den Anschein, als ob sich der SR leichtfertig über den Begriff Asbet hinweg setzt. Wir nehmen dies ernst. Ich habe Ihnen gesagt, dass es zutrifft, dass asbesthaltiges Material verwendet worden ist. Aber dieses asbesthaltige Material wurde bei den erwähnten Bauten nicht im Innern verwendet, sondern an der Fassade. Wenn dort eine Platte defekt geworden ist, so hat man sie sicher ausgewechselt und die Sache repariert. Es ist daher unzulässig, von einer Gefährdung der Kinder oder der Kindergärtnerin durch Asbest zu sprechen. Diese hat zu keiner Zeit bestanden.

Die Frage von Alfons Cadario, ob Messungen durchgeführt worden seien, kann ich nicht beantworten. Ich habe meine Informationen von meinen Fachleuten vom Hochbauamt erhalten. Darauf stütze ich mich, und diese habe ich Ihnen hier weiter gegeben."

**Thomas Neukomm (SP)** Schlusswort des Motionärs

"Ich finde es schön, dass sich eine Menge Leute positiv zu den Anliegen der Motion geäußert hat. Ich finde es schön, dass alle Votantinnen und Votanten für die Kinder sind. Wenn Sie meiner Motion zustimmen, dann haben Sie auch den Tatbeweis erbracht, dass Sie für die Kinder sein wollen.

Die Versprechungen wurden seit 6 Jahren immer wieder gemacht. Das Resultat waren zwei Tranchen à Fr. 500'000.--. Hinsichtlich dieser eigenartigen Investitionspolitik konnte mir bis jetzt noch niemand hier in diesem Rat die Antwort geben, was dies hätte sein sollen.

Ich finde es gut, zu hören, dass der SR jetzt einlenkt und angekündigt hat, das Investitionsprogramm anzupassen.

Was ich noch auf Roland Schöttles Worte erwidern möchte, ist, dass ich im Verlauf meiner Recherchen sehr wohl festgestellt habe, dass es einen Termin braucht. Wenn man 2003 den ersten Kindergarten ersetzen will, dann will ich den Bericht vorher haben, damit ich weiss, dass der erste Kindergarten 2003 zur Ausführung kommt. Der Termin beinhaltet selbstverständlich ein gewisses Problem. Wenn Ihnen dieser im Hals stecken geblieben ist, dann man diesen Termin meinetwegen erstrecken bzw. abschwächen. Man kann ihn z.B. auf Frühling 2002 festlegen. Ich möchte das so vorschlagen.

Bei den Recherchen habe ich festgestellt, dass der grösste Teil der Vorarbeiten durch das Hochbauamt schon längstens gemacht wurde. Die sind schon lange parat, so dass man mit der Planung beginnen kann.

Von daher gesehen ist mein Termin keine Utopie. Zudem besteht seit 1997 eine Bestandesaufnahme über den Zustand der städtischen Kindergärten. Man muss nicht bei Null anfangen. Wenn wir die Frist auf Frühling 2002 erstrecken, so würde das terminlich ganz sicher reichen."

**Ratspräsident Peter Neukomm** äussert sich noch zur Frist, welche diese Motion beinhaltet. "Ich möchte einige Mitglieder dieses Rates darauf aufmerksam machen, dass dies bei weitem nicht die erste Motion ist, welche mit einer Frist daher kommt. Ich erinnere Sie z.B. an das Stadion Breite - Kommissions-Motion usw. Es gibt m.E. keinen Grund, weshalb keine Frist in einen Motionstext hinein verpackt werden darf. Es liegt an Ihnen, darüber abzustimmen."

**Bea Hauser (SP)** stellt hier - wie angekündigt - in Namen der SP-Fraktion den Antrag, die Abstimmung unter Namensaufruf durchzuführen.

Der **Ratspräsident** stellt fest, dass der Motionär seinen Motionstext insofern angepasst hat, als er bereit ist, die Frist neu auf Frühling 2002 anzusetzen.

**Alfred Zollinger (SVP)** stellt den Antrag, dass der Termin gänzlich aus dem Text entfernt wird und ohne Termin über die Motion abgestimmt wird.

Der **Ratspräsident** weist darauf hin, dass Textänderungen allein im Ermessen des Motionärs liegen, die Möglichkeit von Gegenanträgen gibt es nicht.

**Alfred Zollinger (SVP)** regt hierauf an, den Motionär anzufragen, ob er mit dieser Version - Weglassen der Frist - einverstanden sei.

**Thomas Neukomm (SP) Motionär** antwortet, dass er damit leben könne. Es werde ja dann im Voranschlag 2002 zur Sprache kommen.

### ABSTIMMUNG

Die bürgerliche Ratsseite lässt an dieser Stelle durchblicken, dass sie einer Überweisung der Motion zustimmen wird unter dem Prämisse, dass die Frist weggelassen wird. Sie bittet daher Bea Hauser (SP), ihren Antrag auf Abstimmung unter Namensaufruf zurück zu ziehen.

**Bea Hauser (SP)** zieht ihren Antrag zurück, nachdem sie sich auf der bürgerlichen Ratsseite entsprechend vergewissert hat ("Sie lügen mich nicht an?").

Der Grosse Stadtrat überweist die Motion mit **37 : 6 Stimmen** mit folgendem geänderten Wortlaut:

"Der Stadtrat hat dem Grossen Stadtrat Bericht und Antrag über eine umfassende Sanierung der städtischen Kindergärten zu erstatten, in welchem konkrete Aussagen zum Investitionsbedarf und Terminplan gemacht werden."

Das Geschäft ist erledigt.

An dieser Stelle beendet der Ratspräsident die Beratung der heutigen Traktandenliste.

## **MITTEILUNGEN**

### **VdSR vom 15.05.01 Neuauflage des Stellenplans per 1. Jan. 2001**

Hier hat sich ein Kopierfehler beim Teil C (Seiten 17 - 67) eingeschlichen, die hinterste Kolonne ist nicht lesbar. Der Stadtrat bedauert diesen Fehler. Die Stadtkanzlei wird für einen Austausch dieser Seiten besorgt sein.

### **Sitzung GrSR vom 19. Juni 2001**

#### **Haupttraktandum 3 - Rechnung 2000 der Einwohnergemeinde SH**

Der Ratspräsident bittet das Plenum, die Rechnung in den Fraktionen gründlich zu beraten und nur noch die wichtigsten Fragen in den Rat einzubringen. Ansprechpartner in den Fraktionen sind die GPK-Mitglieder. Die GPK hat sich sehr detailliert mit der Rechnung auseinandergesetzt. Das Geld ist ausgegeben. Dieses Vorgehen erlaubt eine speditive Beratung dieses Geschäftes im Rat.

An dieser Stelle schliesst der Ratspräsident die Sitzung.

Der Ratssekretär:

René Gisler

**Nächste Ratssitzung: Di 19. Juni 2001**